

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Brief beiliegendes
Billetzahl 820 Nr. monatl. 110 Mf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
jede oder deren Raum 60 Pf.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 23. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Große Angriffsunternehmungen der Russen an der Nordostfront

Kriegswirtschaft und Steuern.

Das gesamte Jahreseinkommen des deutschen Volkes
wurde von Helfertich für das Jahr 1913 auf etwa 43 Mil-
liarden Mark geschätzt. Mehr als die Hälfte davon entfiel

Aus dieser einfachen Rechnung, die auf Genauigkeit kei-
nerlei Anspruch zu erheben braucht, da sie nur zur Veranschau-
lichung der Verhältnisse in großen Zügen dienen soll, ergibt

Der Krieg, der den ungeheuren Bedarf an Kriegs-
material hervorruft, verschafft dem Staat auch in-
direkt die Mittel, um die Deckung dieses Bedarfs zu

Wenn also der Krieg beendet sein wird, werden die Pro-
duktivkräfte aller an ihm beteiligten Völker schwer geschädigt

Nach der Beendigung des Krieges wird es daher für alle
an ihm beteiligten Länder das erste und dringendste Bedürfnis

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
22. März 1916. (B. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der dem Angriff vom 20. März nordöstlich von
Avocourt folgenden Aufräumung des Kampffeldes und der

Bei Obersept haben die Franzosen nochmals ver-
sucht, die Schlappe vom 13. Februar wieder anzugleichen.

Drei feindliche Flugzeuge wurden nördlich
von Verdun im Luftkampf außer Gefecht gesetzt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die großen Angriffsunternehmungen der Russen haben
an Ausdehnung noch zugenommen, die Angriffspunkte sind

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. März. (B. L. S.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Tätigkeit des Gegners ist gestern fast in der ganzen
Nordostfront lebhafter geworden. Unsere Stellungen standen

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

zustellen. Es wird also alles darauf ankommen, die vom Feld-
dienst heimkehrenden Arbeiter so schnell wie möglich wieder dem

lichen Organisationen und dem Staat bieten sich hier Aufgaben
von höchster Wichtigkeit, aber auch von großer Schwierigkeit.

Für die Sozialdemokratie als politische Vertreterin der
Interessen der Arbeiterschaft ist die Förderung der Wirtschaft

In volkswirtschaftlicher Hinsicht besteht ein gewaltiger
Unterschied, ob Willen oder Fabrikgebäude, ob Torpedoboote

Diesem Bestreben künnt sich aber ein gewaltiges Hinder-
nis entgegen in der Gestalt der Kriegsanleihen. Während des

Hier liegt sicherlich eine der größten Gefahren für die Er-
holung und das künftige Gedeihen des europäischen Wirt-
schaftslebens, und diese Gefahr kann nur dadurch gebannt

Der französische Tagesbericht.

Paris, 22. März. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. In Belgien wurde eine feindliche Erkundungsabteilung, die in unsere Linien nördlich der Brücke von Boesinghe eingebrochen war, durch einen Gegenangriff sogleich wieder vertrieben. In den Argonnen war die Artillerie an den Südrändern des Waldes von Cheppy in Tätigkeit. Westlich der Maas erneuerten die Deutschen im Laufe der Nacht verschiedene Male ihre Angriffsversuche gegen die Front Avocourt-Malancourt, wo die Beschichtung mit Geschossen sätteren Kalibers ununterbrochen andauert. Die Angriffe wurden unterstützt durch Schläudern brennender Flüssigkeiten, die von Soldatenabteilungen, welche Spezialapparate trugen, geworfen wurden. Trotz der durch unser Feuer erlittenen schweren Verluste konnte der Feind sich nach einem Kampfe Mann gegen Mann des südöstlichen Teiles des von uns besetzten Waldes von Malancourt bemächtigen, der den Namen Wald von Avocourt trägt. Alle Anstrengungen der Feinde, aus dem Walde hervorzubrechen, mißglückten. An den anderen Abschnitten des Kampfgebietes von Verdun verlief die Nacht ruhig.

Paris, 22. März. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. In den Argonnen Handgranatentampf bei Haute Chevauchée. Unsere Artillerie richtete vernichtendes Feuer auf deutsche Werke an der Straße von Biennes le Château nach Vinarville. Auf dem linken Ufer der Maas ging in der Gegend von Malancourt die Beschichtung des Dorfes Gènes und der Höhe 304 weiter. Unsere Artillerie antwortete darauf mit der größten Energie. Der Feind unternahm im Laufe des Tages keinen weiteren Versuch. Zeitweise unterbrochenes Bombardement an einigen Stellen der Front östlich der Maas und der Woerdt. In Voisgringen feuerte unsere Artillerie auf deutsche Werke nördlich und östlich Embervonit. Im Oberelsaß nahm unsere Artillerie feindliche Truppen unter Feuer, die aus Niederlorg südöstlich von Sept hervorgezogen. Am Tage schloß einer unserer Krieger ein deutsches Flugzeug ab, das brennend in der Gegend von Douaumont abstürzte. In der Nacht zum 21. März beschossen unsere Flieger die Bahnhöfe von Dun an der Maas und von Audun le Roman sowie Vival in der Gegend von Vigneulle.

Belgischer Bericht. An der Front der belgischen Armee herrschte Ruhe, nur die Artillerie entwickelte einige Tätigkeit in der Gegend von Dignauden und Peroyte.

Die englische Meldung.

London, 22. März. (B. L. W.) Amtlicher Bericht. In der vergangenen Nacht haben wir einen kleinen Streifzug gegen feindliche Gräben bei Manquiffart unternommen. Am frühen Morgen griff der Feind einen Posten an der Somme an, aus dem er wieder vertrieben wurde. Ein Offizier wurde gefangen genommen, zwei Mann wurden getötet.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 21. März. (B. L. W.) Amtlicher russischer Bericht. Westfront: In der Gegend von Dinaburg dauern die lebhaftesten Artilleriekämpfe an. In der Gegend östlich Iweretsch wiesen wir einen feindlichen Gegenangriff auf das Dorf Welkaje Selo ab. In der Gegend östlich Gudzizschki nahmen unsere Truppen eine Linie vorgeschobener Gräben des Feindes bei Zugilischki (10 Kilometer nordwestlich Postaw). Bei der Eroberung des Brückenkopfes bei Michalce (westlich Uzieczko) erbeuteten wir zwei Kanonen und andere Beute. Die meisten Verteidiger des Brückenkopfes fielen im Nahkampf.

Kaukasusfront: In der Küstengegend gingen unsere Truppen nach Kampf noch einige Werk in westlicher Richtung vor.

Serbische Offiziere für Rußland.

Bern, 22. März. (B. L. W.) „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Gestern reisten zweihundert serbische Offiziere über Paris und London nach Rußland ab, um dort mehrere tausend österreichische Gefangene serbischer Rasse zum gemeinsamen Kampfe mit dem russischen Heer gegen Oesterreich-Ungarn militärisch auszubilden.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 22. März. (B. L. W.) Kriegsbericht von Dienstag. Entlang der Front von Rovereto bis zu den Höhen von Görz setzt der Feind seine demonstrativen Unternehmungen mit großer Verschwendung von Artilleriefeuer und kleinen Infanterievorstößen fort. Diese Unternehmungen, die dazu bestimmt sind, leichte Erfolge gegen einige unserer am weitesten vorgeschobenen und außerhalb der Verteidigungslinien liegenden Stellungen zu suchen, wurden gestern überall abgeblasen. Die Artilleriekämpfe waren besonders heftig im Suganatal, im Hoch-Corbevole, entlang der Grenze von Kärnten und auf den Höhen von Görz. Unsere Artillerie bekämpfte energisch die des Gegners und beschädigte an mehreren Punkten die feindlichen Linien. Kleine Infanteriekämpfe mit für uns günstigem Ausgange südöstlich von Rovereto, bei dem Tarondfattel und auf den Höhen bei Görz. Heftiger Kampf in der Umgebung von Malinaz im Becken von Nizza, wo es dem Feinde nach langer Vorbereitung durch Artillerie und Maschinengewehre gelang, einige unserer vorgeschobenen Schützengräben zu erreichen. Durch einen heftigen Gegenangriff wurde er logisch daraus vertrieben. Auf dem Karst herrschte auch gestern verhältnismäßige Ruhe.

Holländische Besprechungen wegen der Sicherung der Kanalschiffahrt.

Haag, 22. März. (B. L. W.) Dienstagnachmittag wurde im Ministerium des Innern eine Besprechung abgehalten, an der die Minister des Innern, der Marine und des Ackerbaus sowie Vertreter des niederländischen Seemannsbundes teilnahmen. Die Seeleute ersuchten die Regierung, Maßnahmen zu treffen, um die Kanalschiffahrt zu sichern. Ueber die Maßnahmen, die zur Besprechung standen, soll vorläufig nichts bekannt gegeben werden, es verlautet aber, daß die Regierung die Wünsche des Seemannsbundes gutheißt. Der Minister des Innern erklärte, daß die Regierung sich eingehend mit der Frage beschäftigt und bereits verschiedene Maßnahmen erwogen habe, die die Kanalschiffahrt weniger gefährlich gestalten dürften. Demnach sollten hierüber Mitteilungen gemacht werden. Der Marineminister gab der Ansicht Ausdruck, daß es vielleicht im Augenblick ratsam sei, die Fahrt um Schottland aufzunehmen. Im Laufe des Abends fand in Rotterdam eine statt besuchte Seemannsversammlung statt, auf der das Ergebnis der Besprechung bekanntgegeben wurde.

Amsterdam, 22. März. (B. L. W.) Wie die Blätter erfahren, beschäftigt man in Schiffsfabriken, die Schiffe der verschiedenen großen Gesellschaften zusammen in Convoy fahren zu lassen. Die Schiffe sollen die Heberfahrt von Holland während des Tages machen und von einem kräftigen Schlepddampfer, der mit drahtloser Telegraphie ausgerüstet ist, begleitet werden.

Zur Torpedierung des Dampfers „Langeli“.

Kristiania, 22. März. (B. L. W.) Das Ministerium des Innern beauftragte den norwegischen Gesandten in Berlin, dem deutschen Auswärtigen Amte die vom Generalkonsulat in London empfangenen Mitteilungen bezüglich der Torpedierung des Dampfers „Langeli“ zu übermitteln und zu ersuchen, die deutschen Behörden Untersuchungen anstellen und die Ergebnisse derselben der Gesandtschaft zugehen zu lassen.

Dementiertes Friedensgerücht.

Amsterdam, 22. März. (B. L. W.) Einem hiesigen Blatte zufolge berichtet der Korrespondent der „Times“ in New York, daß das Staatsdepartement entschieden in Abrede stellt, daß die deutsche Regierung in den letzten Tagen um eine Intervention der Regierung der Vereinigten Staaten ersucht haben soll. Ferner stellt das Staatsdepartement die Wichtigkeit des Gerüchtes in Abrede, daß der deutsche Reichskanzler den amerikanischen Botschafter in Berlin ersucht haben soll, seinen Urlaub aufzuschieben, um bei der Vorbereitung der Friedensverhandlungen anwesend sein zu können.

Angebliche großserbische Ansprüche.

Budapest, 22. März. (B. L. W.) Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht eine Denkschrift von Nadjitsch über die großserbischen Ansprüche, welche Nadjitsch nach dem Rückzug der österreichisch-ungarischen Truppen den Ententemächten überreicht hat; er fordert darin außer Bosnien und der Herzegovina große Teile von Süd-ungarn, Kroatien, Krain, Istrien mit Triest, Dalmatien und Albanien mit Durazzo. In London und Paris wurde die Denkschrift ungenügend aufgenommen. In Petersburg erregte sie entschieden Mißfallen. Esajonow äußerte, die Serben leiden an Größenwahn. In Italien, wohin die Denkschrift bloß auf Umwegen gelangte, beantwortete man sie mit Ausweismahnregeln gegen serbische Agenten und Propagandisten. Die Vertrauensleute, die Nadjitsch zur Verbreitung der großserbischen Idee in die Ententestaaten geschickt hatte, berichteten, die serbischen Ansprüche hätten keinen Anklang gefunden. Rußland erklärte ihren Aufenthalt in Rußland für höchst unerwünscht, was die Mißstimmung zwischen Petersburg und Nisch verschärfte.

„Guten Appetit!“

Der Sekretär der französischen „Confédération General du Travail“ (entspricht etwa der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften), Jouhaux, nahm, wie in der Presse bereits berichtet wurde, die Einladung der französischen Industriellen und Handelstreibenden zu ihrem am 6. März stattgefundenen Bankett an, wo er eine im Geiste der Interessensharmonie der Klassen gehaltene Rede hielt. Jouhaux begründete seinen Schritt nach der „Bataille“ u. a. mit den Worten:

„Die Arbeiterklasse ist mündig und muß das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihre Anschauung über alle Fragen darzulegen, die ihre jetzigen oder künftigen Interessen irgendwie berühren. . . Unserer Ansicht nach muß das Ende des Krieges zur Schaffung einer „Wirtschaftsdemokratie“ führen. Man wird die Arbeiterklasse für ihren der nationalen Verteidigung gezahlten Tribut teilweise dadurch entschädigen, daß man ihr bei der Ausarbeitung des Produktionsplanes ähnliche Rechte gibt, wie sie ihr das allgemeine Wahlrecht auf politischem Gebiet gewährt hat.“

So Jouhaux, der früher extrem radikalischer Führer des französischen Syndikalismus. Ungetroffen ironisiert ihn das Organ der Radikalen „Le Rappel“, das seine Freude darüber ausdrückt, daß Jouhaux sich bereit erklärte, die Frage der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit nach dem Kriege beim Dessert zu erörtern. Der „Rappel“ begrüßt diese Annäherung zwischen Arbeitern und Arbeitgeberern:

„Sie sprechen nicht nur, sie schlüsseln auch zusammen. Sehr gut! Und guten Appetit, ihr Herren und Bürger!“

In der Tat, man muß den Leuten vom Schlage Jouhaux' mindestens jetzt „guten Appetit“ wünschen. Denn später wird ihnen der Appetit wohl gründlich herdorben werden.

Auch der „Populaire du Centre“ beschäftigt sich mit Jouhaux. In einem „Arbeiterinternationalismus“ überschriebenen Artikel, zieht er eine Parallele zwischen den deutschen und den französischen Gewerkschaften, die beide eine ähnliche Entwicklung durchmachen. Der „Populaire“ teilt auch noch einige Worte Jouhaux zu einem Interviewer des „Petit Journal“ mit, zu dem er sagte: „It is not ausgezeichnet, die Periode der „Heiligen Union“ zu demagen, die Saat zu säen, die während des Krieges langsam keimen wird, um an der warmen Sonne des Sieges rasch zur Blüte zu gelangen.“

In der Kritik, die der „Populaire“ an Jouhaux übt, befinden sich leider viele weiße Stellen, aber der letzte Satz ist doch stehen geblieben, in dem das Blatt mahnt:

„Dem Arbeiterinternationalismus, wie er von gewissen Leuten erträumt wird, müssen die Arbeiter den Arbeiterinternationalismus entgegensetzen, die einzige Garantie des Friedens.“

Staatliche Maßnahmen gegen die Preissteigerung in Italien.

Neuere Erlasse bezwecken, die italienische Getreidepolitik endgültig zu regeln. „Giornale d'Italia“ vom 13. März lobt die Regierung wegen der Entschlossenheit, mit der sie einen unerträglichen Zustand beseitigt und den italienischen Konsumenten das Brot bis zur nächsten Ernte zu einem stetigen Preise gesichert hat. Die Regierung hat auch den Preis des Weizens festgesetzt. Die Preise genügen für Produzenten und man dürfe sie auf keinen Fall erhöhen.

Die „Gaz. Ufficiale“ veröffentlicht ein Dekret, wonach der Handel mit Getreide und Mais durch Höchstpreise geregelt wird. Der Präsekt der Provinz setzt die Höchstpreise fest für den Kleinhandel in Getreide und Weizenmehl und kann auch den Preis der Rubeln in seinem Bezirk regeln. Dagegen werden Preis und Form des Brotes von den Gemeinden festgesetzt. Der Präsekt kann die Ausfuhr des Getreides aus seiner Provinz verbieten, falls es sich als notwendig herausstellt. Wer Getreide, Mais oder Mehl zu höheren als den festgesetzten Höchstpreisen verkauft, wird bestraft, indem er das Zwei- bis Vierfache des von ihm unberechtigtweise geforderten Preises bezahlt, außerdem werden ihm Getreide, Mais und Mehl beschlagnahmt, im Wiederholungsfall erhält er Gefängnis bis zu einem Jahr. Erfolgt der ungesetzliche Verkauf von einer Mühle, so wird die Mühle ohne Entschädigung requiriert für eine Zeitdauer von 3-6 Monaten, daselbe erfolgt wenn sich aus chemischen Analysen ergibt, daß die Mühle die Gesetze für die Verarbeitung der Mehle verlegen. Die Zentralkommission der Verproviantierung wird auch einen Requisitionspreis für Reis festsetzen.

Zu gleicher Zeit veröffentlicht die „Gaz. Ufficiale“ ein Dekret über die Regelung von Mehl und Brot. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Den Mühlen wird streng verboten, Getreide unter 85 Prozent auszumahlen. Außer Kleie dürfen aus dem Mehl keinerlei Elemente fortgenommen werden. Man darf dem Getreidemehl auch Reis- und Weizenmehl in gewissen festgesetzten Mengen hinzufügen. Die Wäcker dürfen für Privatpersonen kein Brot bereiten oder backen, indem sie besseres Mehl als 85 Prozentiges verwenden. Im Uebertretungsfall wird mit den strengsten Strafen vorgegangen werden.

Die Schuldenlast englischer Kolonien.

Unter den Kriegsausgaben leiden auch die Kolonien Englands. So stiegen nach dem „Economist“ die Ausgaben Indiens für das Heer um 1,8 Millionen Pfund Sterling.

Für 1916/17 wird die Nettoausgabe für das Heer auf nicht weniger als 23 Millionen Pfund Sterling geschätzt — unter einer Gesamtausgabe der indischen Reichs- und Provinzialausgaben von 85 1/2 Millionen.

Die Verbesserungen in der Einnahme für Landsteuern, ferner für Opium, für besondere Zinsentnahmen und die „strengen Einschränkungen“ für öffentliche, nicht militärische Arbeiten des indischen Reiches und mehr noch der Provinzen haben sich als unzureichend erwiesen, die Kluft auszufüllen, die durch die vermehrten Heeresausgaben entstanden ist. Es wird daher vorgeschlagen, neue Steuern zu erheben, um den geschätzten Nettobetrag für das Jahr 1916/17 in einen Ueberschuß von 3 098 510 Pfund Sterling zu verwandeln.

Als Ertrag der neuen Steuern erwartet man 3,6 Millionen Pfund Sterling, deren größerer Teil (2,1 Millionen Pfund Sterling) aus neuen Zöllen (Eink- und Ausfuhrzöllen) einkommen soll.

Nach einer Zusammenstellung über den Stand der australischen Finanzen im Dezemberheft (1915) der Londoner Zeitschrift „The Round Table“ hatte das Wirtschaftsjahr 1914/15 (1. 7. bis 30. 6.) ein Defizit von 15,6 Millionen Pfund Sterling ergeben, das hauptsächlich durch die Kosten des Expeditionskorps von 14,8 Millionen Pfund Sterling verursacht war. Der Vorschlag für 1915/16 veranschlagt die Kosten des verstärkten Hilfskorps auf 46,2 Millionen Pfund Sterling, wozu noch vermehrte Ausgaben für die Landesverteidigung kommen, so daß ein Defizit von 50,5 Millionen Pfund Sterling zu dem vorjährigen hinzu kommt. Zur Deckung gibt die britische Regierung 24,5 Millionen Pfund Sterling als Kriegausgabe ab, der australische Gesamtstaat hat eine Anleihe von 20 Millionen Pfund Sterling aufgelegt. Dazu kommt eine Einkommensteuer mit 4 Millionen Pfund Sterling und endlich Schatzscheine von 811 005 Pfund Sterling. Immer aber bleibt noch ein ungedecktes Defizit von 16,1 Millionen Pfund Sterling. Dazu kommen aber noch etwa 80 Millionen Pfund Sterling für Notenbedeckung. Sehr große Besparungen werden laut, daß diese Schuldenlast die industrielle Tätigkeit lähmen wird. Es hieß, daß zu Anfang 1916 eine neue Anleihe von 25 Millionen Pfund Sterling aufgelegt werden solle.

Aus dem „Labour Leader“.

Die Zeit für eine fruchtlose, wohlorganisierte Friedensbewegung ist gekommen, und zwar muß sie von der Unabhängigen Arbeiterpartei ausgehen, sagt ein sich A. F. L. zeichnender Mitarbeiter im „Labour Leader“ vom 9. März. Es war die Unabhängige Arbeiterpartei, die als erste seit Kriegesbeginn die unheilvolle auswärtige Politik Englands, den unheilvollen englischen Imperialismus und Kapitalismus gekennzeichnet hat. Nach der Berliner „Nationalzeitung“ heißt es u. a. darin:

Das Volk verlangt Frieden, wie es nie zuvor nach Frieden verlangt hat, der entsetzliche Menschenverlust, der Stillstand an der Westfront, der unvermeidliche Rückschlag auf die bei Kriegesbeginn gewedten Leidenschaften, die Handhabung des Wahrgesetzes, alles trägt hierzu bei. Die Stimmung im Volke ist eine ganz andere, wie sie vor sechs, vier, selbst vor zwei Monaten war. Oberflächlich betrachtet, herrscht vielleicht noch der Wille vor, unter allen Umständen durchzuhalten bis zum endlichen Siege, aber wer zweifelt noch daran, daß das Volk mit tausend Freuden einen für alle Beteiligten ehrenhaften Frieden begrüßen würde?

Wir haben nie geleugnet, daß die Wehrzahl unserer Landleute aus idealen Beweggründen heraus der Notwendigkeit des Krieges zugestimmt hat. Asquith erzählte uns, daß ein Sieg der Verbündeten die abstoßende Nivallität der beiden europäischen Gruppen bedingte und das goldene Zeitalter auf der Grundlage gleicher Rechte für alle Völker anbrechen werde. Konnte man eine höhere Sprache führen?

Viele ließen sich nicht täuschen. Wir wußten, daß England durch geheime Verträge verpflichtet war, ganz unabhängig von Belgien, am Kriege teilzunehmen. Wir wußten, daß die englische Politik der letzten vergangenen zwölf Jahre Deutschland zum Ausbau seiner Wehrkraft getrieben hatte. Wir wußten, daß es „Cant“ war, vom Kampf für die demokratische Freiheit zu sprechen mit dem in grausamster autokratischer Form regierten Rußland als Verbündeten. Wir wußten endlich, daß die historische Politik Großbritanniens stets darauf bedacht gewesen war, die europäischen Nationen in zwei Gruppen zu spalten.

Aber die Größen im Parlament, in der Presse und von der Kanzel redeten anders, und das Volk glaubte ihnen.

Der Krieg dauert jetzt 19 Monate, und abgesehen die Regierung ihre Absichten verschleierte, sichert die Wahrheit doch langsam durch, und wir erkennen, daß das Endziel des Kampfes die grundsätzliche Verleugnung der Beweggründe ist, für die wir in den Krieg gezogen sind.

Vor achtzehn Monaten zogen Tausende von hochherzigen Männern im Geiste von Kreuzfahrern aus, um das Belgien angetane Unrecht zu rächen, und um der Gerechtigkeit und der Demokratie in Europa zu ihrem Rechte zu verhelfen. Und was sehen wir jetzt? Daß die englische Dardanellen-Expedition auf Grund eines Uebereinkommens zwischen England und Frankreich unternommen wurde, um Konstantinopel den Russen zu geben. Und dafür mußten 100 000 Engländer ihr Blut lassen! Das letzte Mal, daß eine englische Armee in Europa kämpfte, geschah es, um Rußland an der Besitzergreifung Konstantinopels zu verhindern. Jetzt kämpfen englische Soldaten, ohne zu wissen, warum, für Rußland, um ihm das zu geben, wofür ihre Väter ihr Blut vergossen haben.

Nach einer anderen Offenbarung der Ziele Englands und seiner Verbündeten wurde uns vor kurzem. Sir Arthur Evans sagte uns, daß Italiens Teilnahme am Kriege dadurch erreicht wurde, daß man ihm für den Fall des Sieges große Strecken Landes in Dalmatien, Ost-Oesterreich und Carnien, zusammen mit den kroatischen Inseln mit einer durchaus slavischen Bevölkerung versprochen habe. Wir versicherten uns also Italiens Hilfe zur Befreiung der kleinen Nationen, indem wir uns verpflichteten, Italien Völker vollständig fremden Ursprungs zu überantworten. Und unsere Soldaten müssen den Italienern helfen, die Rechte dieser Völker mit Füßen zu treten! (2)

Die politischen Gegensätze in Rußland.

Das russische Arbeiterblatt „Rosa Solos“ in Samara schreibt in der Nummer vom 20. Februar über die politische Lage in Rußland, wie sie sich nach den ersten Sitzungen der Duma darstellt:

Es ist zunächst klar, daß die Regierung und die Duma ihre frühere unverständliche Haltung beibehalten haben, die, ungeachtet des ausgefallenen „Wohlmögens“ des Ministerpräsidenten Stürmer und der halb bittenden, halb fordernden Sprache der Deklaration des „progressiven Blocks“ jede Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit ausschließt.

Das wissen, fährt das Blatt weiter aus, die Reaktionen, die einerseits die Stellung der Duma untergraben und andererseits alle Mittel anwenden, um die Wände zwischen der Volksvertretung und dem Volke zu zerreißen. Die liberalen Parteien

leisten diesem Vorgehen Vorlauf, indem sie nicht gegen die Unterdrückung des freien Wortes der äußersten Linken unternehmen, wie sie besonders kraft in dem Verbot der sozialdemokratischen Formel zur Debatte über die Regierungsdeklaration zum Ausdruck kam. Auch die „gesellschaftlichen“ Organisationen und ihre Presse segnen fröhlich die Einschränkung der Redefreiheit der äußersten Linken.

Die Furcht vor der Demokratie — schließt das Blatt — überwiegt offenbar die Furcht vor der Reaktion. Und obwohl wir wissen, daß wir jetzt einem gemeinsamen Feind gegenüberstehen, der nur überwunden werden kann durch die gemeinsamen Anstrengungen der Bourgeoisie und der Demokratie, können wir jetzt wohl Enttäuschung nur das eine sagen: Ihr schlagt euch selber, wenn ihr uns zu schlagen glaubt.“

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Vorher am Mittwoch der Vorhang der parlamentarischen Schaubühne hob, wurde eine Schlacht hinter den Kulissen gefämpft, die den Beginn der Sitzung um eine Stunde hinausjoh. Im Seniorenkongress war keine Einigung darüber erzielt worden, ob die U-Boot-Frage und der Tripit-Konflikt in Verbindung mit der Staatsdebatte oder zu einem späteren Zeitpunkt in besonderer politischer Debatte behandelt werden solle. So mußte eine außerordentliche Fraktions-sitzung der Konservativen abgehalten werden mit dem Ergebnis, daß die Angelegenheit auf nächste Woche vertagt wurde. Einverständnis auf allen Seiten. Nur Genosse Liebknecht protestierte unter Hinweis auf das hohe Interesse der Öffentlichkeit an einer raschen und offenen Erledigung des Konflikts gegen die geplante Verschleppungs-politik, die offensichtlich darauf hinauslaufe, Zeit zu gewinnen, um schließlich das Parlament vor fertige Tatsachen zu stellen. Sein Einspruch war vergeblich.

In zweifelhäufiger Rede nahm hierauf als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Keil Stellung zu den Steuerentwürfen. Er wandte sich, breit ausladend und in sehr gründlichen Erörterungen, dem großen Komplex der durch die neuen Steuerprojekte markierten Reichsfinanzpolitik zu, um zum Schluß ziemlich energische Töne gegen den Schatzsekretär zu finden. Er charakterisierte die Kriegsgewinnsteuer in ihrer Galtigkeit und Einseitigkeit, kündigte für die Kommissionsberatungen einschneidende Verschärfungsanträge an und drohte der Regierung, falls sie die ausgetretenen Gleise der bisher geübten Steuerpolitik weiterwandeln werde, mit verhängnisvollen Folgen. Er geißelte die „brutale Auffassung“, die aus der Begründungsrede Helfferichs zur Tabaksteuervorlage spreche, und verwies nachdrücklich auf die Lebensinteressen der mehr als 200 000 in Betracht kommenden Tabakarbeiter. Er schonte nicht Hohn und Spott gegenüber dem einzigen Prinzip der Helfferichschen Kriegsteuerepolitik: Geld, Geld, Geld! unter dem jedes andere Prinzip zuhanden werde. An Stelle der Verbrauchs- und Verkehrssteuern, durch die der oft betonte Grundsatz: keine neue Belastung des Verbrauchs der breiten Massen! absichtlich und bewußt preisgegeben werde, forderte er nochmalige Erhebung des Wehrbeitrags, Erbschaftssteuer und schärfere Veranziehung des Besitzes nach englischem Vorbilde.

Für das Zentrum sprach Spahn, der zunächst Tripit in einem Nachruf feierte und sich sodann im wesentlichen auf den Boden des Steuerprogramms der Regierung stellte.

Etwas kritischer war der Freisinnige v. Bayer, der von den Details der Vorlagen ausgehend die Fäden etwas weiter zu spinnen suchte und die Grundzüge einer liberalen Steuer- und Finanzreform mit dem Ziele direkter Reichsteuern andeutete.

Zum Schluß plädierte Helfferich nochmals für die Berechtigung und Zweckmäßigkeit seiner Vorlagen in längerer Rede, die mehr Aufmerksamkeit als Zustimmung fand.

Die Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses.

Die letzte Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vor seiner Vertagung brachte noch eine unerwartete Ueber-raschung. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Berichte der Wahlprüfungskommission über einige Wahlen, deren Gültigkeit beantragt war. Es handelt sich dabei durchweg um konservative bzw. freikonservative Abgeordnete, die über nationalliberale Gegenkandidaten den Sieg davongetragen hatten. Die Nationalliberalen wollten die Wahlen für ungültig erklärt wissen; um jedoch Debatten, die den Burgfrieden gefährden könnten, zu vermeiden, beantragten sie Absehung von der Tagesordnung. Diesem Antrage widersprachen Kon-servative, Freikonservative und Zentrum, denen daran lag, daß endlich die ihnen genehmen Abgeordneten von Rechts wegen ihr Mandat ausüben können. Auch die Sozialdemo-kraten erklärten sich, wenn auch aus anderen Gründen, gegen den Verschleppungsantrag, der denn auch abgelehnt wurde. Trotzdem erreichten die Nationalliberalen ihre Absicht, sie stellten einen Antrag auf namentliche Abstimmung, und nun beantragten die Konservativen, die eben noch gegen Absehung von der Tagesordnung gestimmt hatten, selbst die Absehung, um vor dem Lande nicht das beschämende Schauspiel eines beschlußunfähigen Hauses zu bieten. So wird denn über die Gültigkeit der vor drei Jahren gewählten Abgeordneten Dr. Jberhoff, Frenzel, Wehme und Dr. Waigalat, wenn über-haupt, so erst kurz vor Ablauf der Legislaturperiode entschieden werden.

Im übrigen verabschiedete das Haus in dritter Lesung das Fischereigesetz, den Gesehentwurf betr. die Dienstvergehen der Beamten der Dis-, Land- und Innungskrankenkassen, den Gesehentwurf betr. den Ausbau von Wasserkräften des Rhains, den Gesehentwurf betr. die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für die Wasserstraßenbauten und den Gesehentwurf zur Ergänzung des Gesetzes betr. die Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen, der nationalliberale Antrag auf Annahme eines Gesehentwurfs über die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht ging debattelos an die verstärkte Unterrichtskommission, in der auch die sozialdemokratische Fraktion vertreten ist.

Nach Erledigung einiger Petitionen ohne allgemeines Interesse und nach Erteilung der Zustimmung zur Vertagung gingen die Vertreter des Volkes sang- und klanglos aus-einander, am Ende Mai oder Anfang Juni wieder zusammen-zutreten.

Die U-Boot-Frage vor dem Seniorenkongress.

Der Seniorenkongress des Reichstages hat in seiner Sitzung vom Mittwoch beschloffen, zunächst die Steuerentwürfe zu erörtern. Die zum U-Boot-Krieg gestellten Anträge gelangen nächste Woche im Haushaltsausschuß des Reichstages, bei der Beratung des Etats des

Auswärtigen Amtes, zur Verhandlung. Die Sitzung des Seniorenkongress wurde durch eine halbständige Pause unterbrochen, um den Konservativen und den Nationalliberalen Gelegenheit zu geben, sich eine Fraktions-sitzung abhalten zu können. — Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zur Sache selbst: „Die Konservativen und Nationalliberalen hielten an ihrem Standpunkt fest und verlangten das Recht, die Unterseebootangelegenheit heute in der öffentlichen Sitzung vorzubringen. Darauf erklärte der Vertreter der Sozialdemokratie, seine Partei setze zwar keineswegs die Notwendigkeit ein, daß diese Frage heute erörtert würde, falls das aber beschloffen werden sollte, so werde die sozialdemokratische Partei auch ihrerseits von der Redefreiheit vollen Gebrauch machen. Es werde dann im Namen der Sozialdemokraten nicht der Abg. Keil sprechen, der als erster sozialdemokratischer Redner für die Steuerdebatte vorgemerkt war, sondern der Abg. Ebert, der als erster Redner im politischen Teil der Debatte — zweiter Redner der Sozialdemokratie ist Scheidemann — das Wort nehmen sollte. Ebert werde die gesamte militärische und politische Situation in seiner Rede erörtern.“

Nach dieser Erklärung beschloß der Seniorenkongress, seine Beratung zu unterbrechen und auf 1 1/2 Uhr zu vertagen, um den Kon-servativen und Nationalliberalen die Möglichkeit zu einer neuen Mit-sprache mit ihren Fraktionen zu geben.

In ihrer Sonderbesprechung erklärten sich dann auch die Fraktionen der Rechten und die Nationalliberalen mit der Aus-schaltung der U-Boot-Frage einverstanden, und so konnte zu Beginn der Plenarsitzung kurz vor 2 Uhr Präsident Dr. Raempf mitteilen, daß infolge einer Verständigung zwischen den Vertrauensmännern aller Fraktionen die U-Boot-Frage in der ersten Sitzung des Etats bis auf weiteres, das heißt bis etwa ein anderer Beschluß des Seniorenkongress erfolgen werde, aus der Diskussion auszuweisen solle. Die Beratung dieser Frage werde in der Budgetkommission erfolgen, die in den ersten Tagen der nächsten Woche zusamen-treten und gerade diese Frage in Beratung nehmen werde.“

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet:

Von den verschiedensten Seiten gehen uns Mitteilungen über eine Agitation zu, die von den Gegnern der Regierung gegen-wärtig betrieben wird. Man bemüht sich, mit Aufrufen und Petitionslisten Namensunterschriften in großen Massen einzusammeln, und so eine gewaltige „Rundgebung“ für einen verschärften U-Boot-Krieg, die natürlich in Wahrheit eine Mißtrauenskundgebung für die Regierung sein soll, zu inszenieren. Es ist uns bekannt geworden, daß ein Aufruf dieser Art, zur Unterstützung der konservativ-nationalliberalen Anträge, auch an die Lehrerkollegien verschickt worden ist. Ferner haben uns zahlreiche Personen mitgeteilt, daß man sie, auf verschiedenartigen Wegen, um ihre Unterschrift ersucht habe. Unter den Aufrufen, oder unter einem Teil davon, scheint der Name des Herrn Fuhr-mann zu prangen. Ein Leser schreibt uns, daß in dem Familien- lokal Waldrieden in Daxheim, und also vermutlich auch in anderen Lokalen, Kellner von Tisch zu Tisch gehen und den Gästen Petitionslisten zur Namenszeichnung vorlegen. Es handelt sich hier um einen groben Anflug, und zwar um einen, der alles übertrifft, was man für möglich gehalten hätte. Daß selbst mehrere Millionen Unterschriften von Leuten, die über die sehr schwierigen technischen, militärischen und politischen Grund-lagen der betreffenden Frage gänzlich uninformiert sind, nicht den mindesten Eindruck machen könnten, ist klar. Wer in einer so ernsten Frage seine Unterschrift hergibt, ohne auch nur die allergeringste Kenntnis von diesen Dingen zu besitzen, zeigt nur, um es höflich zu sagen, seine politische Harmlosigkeit. Aber die Veranstalter der Agitation sind gar nicht harmlos, son- dern sie wissen sehr genau, was sie tun. (2)

Fleischkarten in Bayern.

Bei Beratung des Etats der Landwirtschaft in der Kammer der Reichsräte erklärte der Minister des Innern, Freiherr v. Soden, bezüglich der Einführung von Fleischkarten in Bayern: Da bezüglich der Ausdehnung der fleischlosen Tage auf die Privathaushaltungen gewisse Bedenken bestehen, so verdiene die Rationierung des Fleischverbrauches, die zugleich auch die sozialen Gegensätze am besten ausgleiche, den Vorzug. Es sei beabsichtigt, Landesfleischkarten auf die Dauer von vier bis acht Wochen auszustellen auf den Namen des Haushaltungsvorstandes, und zwar auf den Kopf der Bevölkerung je eine Karte, so daß sie auf Reisen und in Gastwirtschaften benützt werden kann. Die Fleischkarte wird sich nach den vorhandenen Fleischvorräten richten. Einzelheiten werde die demnächst erscheinende Ministerialbestimmung regeln. Es wäre wünschenswert, wenn in dieser Frage eine möglichst einheitliche Durchführung im ganzen Reiche Platz griffe. (W. L. B.)

Das Versammlungsrecht im sächsischen Landtage.

Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wurde in der II. Kammer des sächsischen Landtags von sozialdemo-kratscher Seite das Versammlungsrecht im Hinblick auf die Reichs-Steuerentwürfe angegriffen. Anknüpfend an die Erklärung des Ministerialdirektors Lewald im Reichstage, nach der einer ein-gehenden öffentlichen Erörterung der Steuerentwürfe nichts in den Weg gelegt werden sollte, wurde kritisiert, daß man in Sachsen die Abhaltung von öffentlichen Versamm-lungen, die sich mit dieser Frage beschäftigen sollen, von erschwerenden Bedingungen abhängig macht. Der Minister erklärte, daß nach Erkundigungen in Berlin eine Erklärung im Sinne sozial-demokratischer Auffassung nicht abgegeben worden sei. Verschiedene andere öffentliche Versammlungen hätten nach Schluß Demon-strationen auf der Straße zur Folge gehabt. Die Regierungen können solche Vorgänge auf keinen Fall dulden; sie müssen und werden un-bedingt darauf halten, daß die bestehenden Gegensätze nicht auch noch auf die Straße getragen werden. — Dem Minister wurde ent-gegnet, daß durch eine Vertuschung der zweifellos in hohem Maße vorhandenen Unzufriedenheit diese nicht beseitigt, sondern eher ver-stärkt werde.

Weiter kritisierten unsere Redner die Radikalschickspolitik, die in in Sachsen weiter gegen die Arbeiterbewegung getrieben werde. So sind z. B. die Arbeitervereine nach einer Ver-ordnung der Regierung vom Januar 1915 weiter als politische Vereine betrachtet und unter das Vereinsgesetz gestellt worden. — Der Minister verwahrte sich scharf gegen die Vorwürfe, konnte aber die von unseren Genossen angeführten Vorgänge nicht bestreiten; er suchte sie nur in einem harmloseren Lichte darzu-stellen.

Die sozialdemokratischen Redner forderten ferner, daß die Arbeiterschutzbestimmungen, besonders für Bauarbeiter, während der Kriegszeit mehr Beachtung und Anwendung fänden.

Von fortschrittlicher Seite wurden dann noch die übertrieben lästigen Grenzbestimmungen an der deutsch-österreichischen Grenze kritisiert, die tief in das wirtschaftliche Leben einschneiden.

Außerdem wurde noch eine sozialdemokratische Interpellation besprochen, in der die Regierung befragt wird, wie sie sich zur Frage der Milchpreiserhöhung stelle, die in der Öffentlichkeit ange-kündigt worden sei. Die Regierung und die Redner aller Parteien sprachen sich gegen solche Absichten aus.

Ausdehnung der Kriegsheilfen an Unterbeamte.

Im September d. J. war den gering besoldeten Beamten im Reich und in Preußen aus Anlaß der durch den Krieg verursachten Preissteigerung der notwendigen Bedarfsgegenstände Kriegsheilfen gewährt worden. Anspruch darauf haben Kanzlei- und Unterbeamte mit einem oder mehreren Kindern bis zu einer Gehaltsgrenze von 2100 M. Dieser Erlaß des Reichskanzlers bzw. der preussischen Regierung ist nunmehr dahin ergänzt worden, daß mit Wirkung vom 1. März d. J. ab die Höchstgrenze des für die Gewährung der Kriegsheilfen in Betracht zu ziehenden Dienstverdienstes für die ständig gegen Entgelt beschäftigten Beamten unter Berücksichtigung des Durchschnittsbetrages des Wohnungsgeldzuschusses für Unter-beamte auf 2400 M. festgesetzt wird.

Handelsminister Sydow über die Frauenarbeit.

Der preussische Handelsminister Sydow hat an die Regierungs-präsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem er ausführt:

Der infolge des Krieges eingetretene Mangel an männlichen Arbeitskräften hat zur Folge gehabt, daß sich weibliche Personen in großer Zahl der Beschäftigung in kaufmännischen Betrieben zu-gewandt haben. So erfreulich es ist, daß hier Frauen und Mädchen mit Erfolg geholfen haben, das wirtschaftliche Leben im Gange zu halten, so darf doch nicht vergessen werden, daß ein großer Teil von ihnen auf dauernde Beschäftigung nicht wird rechnen dürfen, da nach Friedensschluß die aus dem Felde heimkehrenden männlichen Arbeitskräfte in ihre früheren Stellen wieder einrücken werden. Ernste Bedenken muß daher die Tatsache erregen, daß eine große und das dauernde Bedürfnis offenbar weit übersteigende Zahl von Frauen und Mädchen den kaufmännischen Unterrichtsanstalten zu-strömt, um sich dort, zum Teil unter erheblichen finanziellen Opfern, eine kaufmännische Fachbildung zu verschaffen. Diese Bedenken treten besonders hervor, wenn es sich um den Besuch privater Handelsschulen handelt, die — namentlich in den sogenannten Samed-furten — ihren Schülerinnen günstigstenfalls nur eine gewisse äußere Gewandtheit im kaufmännischen Bureaudienst vermitteln. Es ist zu befürchten, daß vielfach die an diesen Schulen in der Regel geforderten hohen Schulgelde umsonst aufgewandt sein und schwere Enttäuschungen eintreten werden.

Ich erlaube Sie daher, diesen Verhältnissen besondere Aufmerk-samkeit zuzuwenden und auf Stärkung des Zulaufs gerichteten Bemühungen der privaten Handelsschulen entgegenzutreten. Insbesondere gebe ich zu erwägen, ob den privaten Handelsschulen die Beschränkung aufzuerlegen wäre, daß sie nicht mehr Schülerinnen aufnehmen dürfen, als sie nachweislich im April 1914 gehabt haben. Einer Weigerung der Privatschulunternehmer würde durch nachdrück-lichen Hinweis auf die lediglich widerruflich erfolgte Erteilung der Genehmigung zum Betriebe der Schulen zu begegnen sein. Bei Revision der Schulen, zu denen nach Bedarf die kommunalen Schul-beamten heranzuziehen sind, wird den bei den Privatschulen ver-breiteten Mißbräuchen, wie gleichzeitiger Unterriechter mehrerer Klassen durch einen Lehrer, mechanisches Diktieren ohne sachliche Be-lehrung usw., besondere Beachtung zu schenken und unmaßsächlich auf Abstellung zu dringen sein.

Bei den öffentlichen Schulen liegen zwar die erwähnten Bedenken nicht im gleichem Maße vor, da von ihnen erwartet werden kann, daß sie ihren Schülerinnen eine gründliche und zuverlässige Ausbildung mitgeben. Indessen ist darauf zu halten, daß auch von seiten der öffentlichen Schulen alles vermieden wird, was dazu dienen kann, den Fortschritt der weiblichen Jugend zum kaufmännischen Fach-unterricht zu verstärken.“

Wirtschaftliche Maßnahmen in Spanien.

Um die Unruhe unter der spanischen Arbeiterbevölkerung zu be-seitigen, wurde laut „Morning Post“ vom 10. 8. der Finanzminister ermächtigt, die Ausfuhr wichtiger Lebensbedürfnisse zu beschränken. Das Getreide in den Küstenprovinzen wird beschlagnahmt und vom Staate an das Publikum verkauft.

Kriegsbekanntmachungen.

Der Postverkehr mit internierten Marineangehörigen.

Die in neutralen überseeischen Ländern festgehaltenen An-gehörigen unserer Flotte gelten als Kriegsgefangene. Postverkehr mit ihnen ist nur in denselben Formen zulässig wie mit Kriegs-gefangenen, also nicht wie in Friedenszeiten über das Marine-postbureau in Berlin O 2 zu leiten. Sendungen, die aus Versehen dem Marinepostbureau zugehen, werden von diesem nachträglich als „Kriegsgefangenen-sendungen“ bezeichnet und so weiter behandelt werden.

Letzte Nachrichten.

Nachrichte des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 22. März. (W. L. B.) Das Haupt-quartier meldet: Auf den verschiedenen Fronten ist keine Operation von Bedeutung erfolgt.

Die Deportierung der sozialistischen Dumaabgeordneten.

Petersburg, 22. März. (W. L. B.) Die nach Zensurverstoß verhafteten Dumaabgeordneten, bei denen abermals eine Hausdurchsuchung vor-genommen und das gesamte schriftliche Material beschlagnahmt wurde, forderten telegraphisch die sozialistische Fraktion auf, die Angelegenheit sofort vor die Reichsduma zu bringen.

Kriegsmaßnahmen Portugals.

Amsterd., 22. März. (W. L. B.) Der Londoner „Times“ wird aus Lissabon gemeldet: Heute wurden drei Regiments-beschlüsse verlaubt. Durch den ersten wird der Kriegsminister ermächtigt, alle Jahrgänge, die er für die militärische Vorberei-tung notwendig erachtet, aufzurufen. Durch den zweiten werden alle Männer zwischen 19 und 45 Jahren, die früher für untauglich er-klärt wurden, zu einer nochmaligen Musterung aufgerufen. Drittens wurde die Pensionierung aller Offiziere, welche die Altersgrenze nicht erreicht haben, aufgehoben.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

New York, 22. März. (W. L. B.) Das unerwartet schnelle Vordringen der amerikanischen Expe-ditionstruppen in Mexiko bei der Verfolgung Villas hat die Frage, ob die amerikanische Regierung die Erlaubnis zur Be-nutzung der mexikanischen Eisenbahnen für den Verpflegungsnachschub der amerikanischen Truppen erhält, zum hervorsteckendsten Juge der Lage in Mexiko gemacht. Amerikanische Senner des Landes, in welches die amerikanischen Truppen jetzt eindringen, versichern, es sei eine gebietliche Notwendigkeit, daß die Eisenbahnen den Amerikanern für ihren Nachschub zur Ver-fügung ständen. Carranza aber hat auf das amerikanische Er-suchen wegen Benutzung der Eisenbahnen mit der Bitte um voll-ständige Auskunft darüber geantwortet, welches denn die genauen Wünsche des amerikanischen Kriegsamtes seien; diese Auskunft soll erteilt werden. „Washington Dispatch“ meint, daß eine Weigerung Carranzas auf das Ersuchen der Vereinigten Staaten die Oper-ationen der amerikanischen Truppen erschweren würde, während eine Gewährung von einem erheblichen Teil des mexikanischen Volkes stark mißverstanden und durch Carranzas Feinde ausgenutzt werden würde.

Gewerkschaftliches.

Zehn Jahre Dienstbotenbewegung.

Der jüngste Zweig der modernen Arbeiterbewegung, die Organisation der Dienstboten, ist am 18. März zehn Jahre alt geworden. Anfang 1906 war unter den Dienstmädchen in Nürnberg große Unruhe entstanden wegen einer Reihe von schweren Mißständen und laut gewordenen Bestrebungen, den Dienstmädchen ihre ohnehin kümmerlichen Rechte noch mehr einzuschränken. Die Arbeitersekretärin Helene Grünberg nahm die Sache in die Hand und hielt am 18. Februar 1906 eine Dienstmädchenversammlung ab, die überraschend stark besucht war und aus ihrer Mitte heraus eine Kommission wählte, der die Vorarbeiten zur Gründung eines Vereins auf freigeberischer Grundlage übertragen wurden. Schon am 18. März des gleichen Jahres konnte sie in einer zweiten Versammlung das Ergebnis ihrer Beratungen vorlegen, und es wurde zur Gründung eines Vereins geschritten, dem sich auch die Wasch- und Putzfrauen und die Zugehörigen anschlossen. Zweihundert Mitglieder traten sofort bei, nach zehn Monaten zählte der Verein schon 549 Mitglieder. Der Verein entfaltete eine rasche Tätigkeit für die Sache der Dienstboten nicht nur gegenüber den Herrschaften, sondern auch bei den öffentlichen Korporationen in Gemeinde, Staat und Reich. Seine zähe Arbeit hat ihm manchen Erfolg gebracht. Die Nürnberger Gründung blieb nicht vereinzelt; alsbald entstanden nach ihrem Vorbild ähnliche Organisationen in München, Köln, Hamburg, Frankfurt a. M., später auch in zahlreichen anderen Orten, ebenso in der Schweiz und in Oesterreich. Die deutschen Dienstbotenvereine schlossen sich im Januar 1909 auf einer Konferenz in Berlin zu einem Zentralverband der Hausangestellten zusammen, in dem die Nürnberger Ortsgruppe auch heute noch eine der bedeutendsten ist, wenn auch jetzt ein Mitgliederstillstand zu verzeichnen ist; nach dem Kriege wird sicher die alte Organisationsfreudigkeit wiederkehren.

Deutsches Reich.

Kriegswirkungen im Bauarbeiterverband.

Im Bauarbeiterverband war am Jahreschluss ein Gehaltbetrag von rund 80 000 Mitgliedern, von dem man nicht sagen kann, ob diese Mitglieder dem Verband den Rücken gekehrt oder ob sie bei der Einberufung die ordnungsgemäße Abmeldung veräumt haben. Zweifellos sind aber mehrere Tausende von Mitgliedern abtrünnig. Neu eingetretene sind 18 110 Mitglieder, ausgeschieden, gestrichen oder ausgeschlossen 22 533 Mitglieder. In einzelnen Bezirken, wie Straßburg, Ost- und Westpreußen, in Süddeutschland usw. hat die Organisation sehr gelitten, während sie in Sachsen, im Norden und in Brandenburg sich am besten gehalten hat. Der Verband veranschlagte im Jahre 1915 für Kostens- und Arbeitslosenunterstützung 926 770 M., für die Familien der Eingezogenen 2 029 584 M., insgesamt für Unterstützungen 3 256 997 M. Von je 1000 Mitgliedern beim Kriegsausbruch waren, außer den Eingezogenen, am 31. Dezember des Berichtsjahres 268 vorhanden.

Der Kürschnerverband während der Kriegszeit.

Einige unserer kleinen Zentralverbände, die von der Kriegszeit wenig oder gar nicht profitieren, haben besonders unter der Kriegszeit gelitten. Für den Kürschnerverband trifft das nicht ganz zu, denn auch die Pelzwarenbranche hat durch den Krieg verschiedene vermehrte Aufträge erhalten. Immerhin ist auch bei diesem Verband durch die starke Einziehung der Mitglieder zum Heeresdienst der Mitgliederstand erheblich gesunken. Der Mitgliederstand betrug am Schluss des Jahres 1915 1839 männliche und 864 weibliche, zusammen 2903 Personen. Gegenüber dem Stand am Schluss des zweiten Quartals 1914, also vor Kriegsausbruch, ist ein Verlust von 845 Mitgliedern zu verzeichnen. Da zahlenmäßig die Austritte die Eintritte nur um 22 übersteigen, so sind also 823 Mitglieder verlorengegangen, über die jeder Nachweis fehlt. Der Verband hat während der Kriegszeit bis zum Schluss des Jahres 1915 an Unterstützungen rund 58 000 M. gezahlt. An die Angehörigen der Kriegsteilnehmer gelangten fünf Sonderunterstützungen zur Auszahlung, und zwar meist vor den großen Festtagen. Die Einnahme betrug in der angegebenen Zeit 117 626 M., die Ausgabe 106 231 M. Der Kassenbestand hat sich, wie in den meisten anderen Gewerkschaften, während der Kriegszeit etwas erhöht. Er betrug am Schluss des Jahres etwas über 97 000 M.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Bierfabrik A. G. für Spinnerei und Weberei in Bieren verdoppelt ihre Dividende, sie verteilt 10 Proz. Die Oberleit. Eisenbahn-Verkehrs-A. G. erzielte 10 Proz. Dividende gegen 2 Proz. im Vorjahre. Die Abschreibungen sind von 3 604 165 auf 6 008 506 M. erhöht worden. Bei der Mech. Treibriemen-Weberei und Seilfabrik, Gustab Kunz, A. G. in Treuen (Sa.) wurden 414 146 M. Reingewinn erzielt (i. V. 214 097 M.). Es sollen 10 Proz. Dividende verteilt werden (i. V. 7 Proz.). Die Eisener Steinlohlenbergwerke, A. G. in Essen, erzielten 1915 einen Reingewinn von 3 548 070 M. gegen 2 806 516 M. in 1914. Die Abschreibungen wurden von 2 000 127 M. in 1914 auf 2 338 877 M. erhöht. Dividende wie im Vorjahre 10 Proz. Die Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Hege in Düsseldorf erhöht die Dividende von 8 auf 10 Proz. Die Aktionäre der Bremer Linoleumwerke in Delmenhorst können sich einer Verdoppelung der Dividende von 5 auf 10 Proz. freuen. Die Schnellpressenfabrik Faber u. Schleicher in Offenbach, die im Vorjahre keine Dividende verteilte, schüttet jetzt 10 Proz. aus. Die Nationale Automobilgesellschaft, ein Tochterunternehmen der A. G., erzielte 1915 nach 950 863 M. Abschreibungen (i. V. 562 200 M.) und 1 673 000 M. Ertragsabschreibungen (i. V. 1 000 000 M.) einen Uberschuß von 2 038 691 M. (i. V. 548 912 M.). Die Dividende wird von 6 auf 10 Proz. erhöht. Die Heinz. Ernemann Akt.-Ges. für Camera-fabrikation plant eine Verdoppelung der Dividende auf 10 Proz. Die Spinnerei Vorwärts in Eradevede erhöht die Dividende für Vorzugsaktien von 9 auf 10 Proz. und die Dividende für Stammaktien von 4 auf 5 Proz. Die S. Schind u. Co., A. G., in Hamburg plant bei 1 000 242 M. Reingewinn (i. V. 562 830 M.) eine Verdoppelung der Dividende auf 10 Proz. Die Vereinigten Planischenfabriken und Stanzwerke A. G. in Regis, die im Vorjahre keine Dividende zahlten, bringen jetzt 10 Proz. zur Verteilung.

Die Goldproduktion der Welt von 1915. Die „Times“ vom 9. März schreiben: Wie die Statistik des New Yorker „Financial Chronicle“ zeigt, brachte das Jahr 1915 einen neuen Rekord in der Goldproduktion. Die Gesamtproduktion betrug etwa 23 063 678 Unzen im Werte von 97 969 870 Pfund Sterling. Die bisherige Höchstproduktion wurde im Jahre 1912 erzielt; sie wird jedoch durch das Ergebnis 1915 um 497 976 Unzen im Werte von 2 115 802 Pfund übertroffen. Am bemerkenswertesten ist jedoch, daß die europäischen und nordamerikanischen Vorkommen ihren Goldvorrat 1915 um einen Betrag erhöhten, der noch um 73 Millionen Pfund Sterling größer ist als das neuergewonnene Gold. Denn die überall in den Händen Privater aufgeschickerten Goldmengen floßen zu den Vorkommen zurück. Dieser Goldgewinn ist daher 1915 viel wichtiger geworden als die Goldherzeugung selbst.

Soziales.

Soldat oder Arbeiter? Staats- oder Privatbetrieb?

Unter dieser Überschrift berichteten wir am 20. Februar über einen Gewerbegerichtsprozeß, wo der Kläger, der in der vom Hauptmann a. D. Linnefogel geleiteten Waffenfabrikationswerkstatt beschäftigt war, Schadenersatz wegen Veruntreuung der Papiere forderte. Dagegen wandte der Beklagte ein, daß der Kläger einen Schaden nicht gehabt habe, da er im Militärverhältnis stehe und in einem anderen Betriebe nicht arbeiten dürfe. Tatsächlich ist der Kläger nach seinem Austritt aus der Waffenfabrikationswerkstatt wieder zu der Truppe eingezogen worden, der er vorher angehörte. Im vorigen Termin beschloß das Gewerbegericht, über den Charakter des Betriebes sowie über das Militärverhältnis des Klägers Beweis zu erheben. Im gestrigen Termin vor der Kammer 5 gab Hauptmann a. D. Linnefogel an, er habe den Betrieb eingerichtet, die Rente sowie die Einrichtungskosten ausgelegt und bekomme seine Auslagen vom Staate zurück. Er selbst sei ehrenamtlicher Leiter des Betriebes. Als alter Soldat habe er diese Tätigkeit lediglich im militärischen Interesse an. Gehalt beziehe er für diese Tätigkeit nicht, er habe dafür bis jetzt auch keine andere Vergütung erhalten. Als Betriebsleiter unterstehe er der königlichen Gewerkschaft in Spandau. Nach einer dem Bericht zugegangenen amtlichen Auskunft der

Militärbehörde ist der Kläger immer von 3 zu 3 Monaten vom Militärdienst zurückgestellt worden, um in dem besagten Betriebe zu arbeiten. — Hauptmann Linnefogel legte noch ein Schriftstück vor, woraus hervorgeht, daß er den Kläger nur mit Heeres- und Marinearbeiten beschäftigen darf und den Austritt des Klägers der zuständigen militärischen Stelle zu melden hat.

Das Gericht kam zu dem Urteil, daß der Kläger zwar in einem gewerblichen Arbeitsverhältnis zum Beklagten gestanden habe, also als gewerblicher Arbeiter anzusehen sei. Aber der Betrieb sei ein staatlicher Betrieb, für den nicht das Gewerbe, sondern das Amtsgericht zuständig sei. Die Klage wurde deshalb wegen Unzuständigkeit abgewiesen. (2)

Die verbummelte Invalidentarte.

Bei der Baufirma Sommerfeld war ein Bauarbeiter beschäftigt, den der Polier einem Altkolonnenführer zuwies. Da dieser für die in seiner Kolonne tätigen Arbeiter die Versicherungsbeiträge zu zahlen hatte, übergab ihm der Polier die Invalidentarte des Arbeiters. Als dieser später aufhörte, war seine Invalidentarte nicht zu finden. Ehe er von der Polizei eine neue Karte erhielt, war eine Woche vergangen. Für diese Zeit forderte der Arbeiter durch Klage beim Gewerbegericht Schadenersatz. Der Einwand der Firma, daß der Kolonnenführer für die Karte verantwortlich sei, wurde vom Vorsitzenden als hinlänglich bezeichnet, da nur die Firma für die Ausständigung der Karte haftbar sei. Ferner behauptete die Firma, sie habe dem Kläger bis zur Auffindung der Karte Arbeit angeboten, der Kläger habe aber von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht. Der Kläger erwiderte, der Buchhalter der Firma, an den er sich wegen der Karte wandte, habe ihn nach einem Bau geschickt mit der Weisung, bei dem dortigen Polier anzufragen, ob er Arbeit bekommen könne. Das habe der Kläger getan, aber der Polier habe es abgelehnt, ihn ohne Invalidentarte einzustellen. — Der Vorsitzende, Magistratsrat Schälhorn, hielt durch diese nicht bestrittene Angabe des Klägers eine vorliegende eidesstattliche Versicherung des Buchhalters, wonach dem Kläger ganz bestimmt Arbeit zugelegt worden sein soll, nicht für widerlegt. Der Vorsitzende meinte, der Kläger hätte nach seiner Abweisung durch den Polier sich noch mal an den Buchhalter wenden und ihm die Abweisung anzeigen müssen. — Der Kläger behauptete, das habe er getan. Aber der Buchhalter habe abweisend gesagt, dann könne er nichts machen, der Kläger solle ihn wegen der Invalidentarte nicht weiter belästigen. — Ueber diese Angabe soll der Buchhalter im nächsten Termin vernommen werden.

Berichtszeitung.

Inbegründeter Konflikt.

Das Oberverwaltungsgericht entschied dieser Tage zu Ungunsten des Provinzial-Schulkollegiums einen von diesem zugunsten eines Direktors erhobenen Konflikt. Der ältere Sohn Alfred des Lehrers Schubert in Kleinwig, der jetzt im Felde steht, hatte 1914 in seinem Abgangszeugnis von einem Oberlehrer der Oberrealschule für Mathematik (Arithmetik und Geometrie) mangelhaft erhalten, während in dem kurz vorher erhaltenen Berichtsjahrszeugnis stand: Arithmetik genügend, Geometrie mangelhaft. Auf eine Beschwerde ordnete dann das Provinzial-Schulkollegium eine Vervandlung des Zeugnisses dahin an, daß für Mathematik genügend zu schreiben sei. Die Mutter hatte deshalb kein Vertrauen zu dem fraglichen Oberlehrer und meldete ihren anderen, jüngeren Sohn von der Oberrealschule ab, als er vor der Vervandlung in die Klasse jenes Oberlehrers stand. Auf eine Frage des Direktors Dr. Hoffmann erklärte Frau Schubert ihr Vorgehen mit einem Hinweis auf den mitgeteilten, den älteren Sohn betreffenden Vorgang. In seiner Erwiderung ließ der Direktor eine Äußerung fallen, die den im Felde stehenden Alfred Schubert veranlaßte, durch seinen Vater die Beleidigungsklage gegen Direktor Hoffmann zu erheben. Die Klage behauptete, Direktor Hoffmann habe gesagt: Dann hat Ihr Sohn das Zeugnis gefälscht. Der Direktor erklärte, er habe nicht das Wort „gefälscht“, sondern das Wort „geändert“ gebraucht. Das Provinzial-Schulkollegium erhob zugunsten des Direktors Hoffmann den Konflikt und verlangte Einstellung des Verfahrens gegen den Direktor. Das Oberverwaltungsgericht verwarf jetzt jedoch den Konflikt als unbegründet. Es führte aus: Selbst dann, wenn der Direktor das Wort „geändert“ gebraucht habe, liege eine Amtsüberschreitung vor. In den Worten des Direktors liege eine Ehrenkränkung des früheren Schülers Alfred, die unter den obwaltenden Umständen durch nichts begründet sei. Hier könne dahin gestellt bleiben, ob einem Lehrer überhaupt die Befugnis zustehe, in Ausübung der Schulzucht einem Schüler gegenüber eine ehrenverletzende Äußerung zu gebrauchen; denn jedenfalls fehle eine solche Befugnis gegenüber der Mutter eines früheren Schülers. Die Beleidigungsklage nimmt nun ihren Fortgang.

A. WERTHEIM

G. m. b. H.

Fleisch

Verkauf Donnerstag

- Kalbskeule i. Ganz. Pfd. 1.70
- Kalbskeule geteilt Pfd. 1.80
- Kalbsrücken i. Ganz. Pfd. 1.70
- Kalbsrücken geteilt Pfd. 1.80
- Kalbskamm ... Pfd. 1.60
- Kalbsbrust ... Pfd. 1.60
- Kalbshaxe ... Pfd. 1 M.
- Kalbs-Gulasch . Pfd. 1.80
- Rinderkamm . . Pfd. 2.10
- Rinderbrust . . Pfd. 2.10
- Geh. Rindfleisch Pfd. 2.10
- Edamer Käse Pfund 1.80
- Gehelmratskäse St. 2 M. 1/4 St. 1 M.

Obst u. Gemüse

Verkauf Donnerstag

- Belle Fleur (Tafel-Aepfel) Pfd. 40 Pf.
- Blut-Äpfel Dtz. 1 M. u. 1.20
- Zitronen Dtz. 60 Pf., 75 Pf.
- Kranzfeigen Pfd. 75 Pf.
- Delikatefeigen Pfd. 1.10
- Datteln Pfd. 1 M., 1.50
- Kohlrüben Holländer, Pfund 6 Pf.
- Rote Rüben Pfund 15 Pf.
- Spinat Pfund 28 Pf.
- Rhabarber Bund 14 u. 18 Pf.
- Junge Mohrrüben . . Pfund 40 Pf.
- Fr. Treibhaus-Sorten Stück 55 u. 70 Pf.
- Gr. Dauer-Maronen . Pfund 42 Pf.
- Feld-Salat Pfund 25 Pf.
- Schnittlauch Topf 25 Pf.
- Radieschen Großes Bund 13 Pf.

Geflügel

Donnerstag und Sonnabend

- Pomm. Bratgänse Pfd. 2.40 2.60
- Mastputen Pfund 2.60 2.80
- Fette Suppenhühner Pfund 2.30
- Brathühner Pfund 2.50
- Tauben
- Schneehühner 2.30 2.45
- Froschkeulen Paar 15 Pf.

Fische

- Grüne Heringe . . . Pfund 50 Pf.
- Schellfische . Pfund 58 Pf., 85 Pf.
- Kablau obn. Kopf i. ganz. Pfund 55 Pf.
- Stinte Pfund 40 Pf.
- Kaulbarsch Pfund 75 Pf.
- Gatrocke Klippfische i. ganz. Pfund 70 Pf.
- Salzfische
- Pfund 45 Pf., 55 Pf., 60 Pf.
- Nordsee-Muscheln 3 Pfund 38 Pf.
- 10 Pfd. 65 Pf., Sack, ca. 100 Pfd. 6 M.

Räucherwaren

- Sprotten 1/4 Pfd. 48 Pf.
- In Kisten ca. 20—30 Pfd. Pfd. 90 Pf.
- Kieler Bäcklinge 3 Stück 25 Pf.
- Makrelen-Bäcklinge . . . 30 Pf.
- Sardellen Pfd. 1 M., 1.80
- Geräuch. Oder-Aale Pfd. 2.80 4.50
- Geräucherter Lachs 1/4 Pfd. 1.25
- in ganzen Seiten . . . Pfund 4 M.
- Fisch-Sälze Dose etwa 4 Liter 4.80
- Stralsunder Brathering
- Dose etwa 4 Liter 4.40
- Rollmops Dose etwa 4 Liter 5.50
- Hering i. Gelee Dose etwa 4 Lit. 5.50
- 1/4 Pfund 50 Pf.
- Muscheln i. Gelee
- Dose etwa 4 Liter 4.50 1/4 Pfd. 40 Pf.
- Kräuter-Anchovis
- 4-Liter Dose 4.50 1/4 Pfund 40 Pf.
- Fischwurst nach Frankl. Art. Pfd. 1.80

Marmeladen

leicht gefärbt (Verkauf am Butterlager)

- Pfund 50 60 80 Pf. 1 M.

Ferner bis Sonnabend
Sonder-Preise für

Emaille- und Wertschafts-Artikel

Reichstag.

85. Sitzung, Mittwoch, den 22. März 1916, nachmittags 3/2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück, Geffertich, Kraetz, v. Capelle, Visco.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß das langjährige Mitglied des Hauses, der Abg. Kühn (Soz.) am 18. März in seiner Heimat gestorben ist. Die Abgeordneten ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Lesung des Etats in Verbindung mit den Steuervorlagen.

Präsident Dr. Kaempf:

Infolge einer Verständigung zwischen den Vertrauensmännern der Fraktionen wird die U-Abstimmung in der ersten Lesung des Etats bis auf weiteres, bis etwa ein anderer Beschluß des Seniorskonvents gefaßt ist, aus der Diskussion ausfallen. Die Beratung dieser Frage wird eingehend in den Sitzungen der Budgetkommission in den ersten Tagen der nächsten Woche geschehen.

Abg. Dr. Liebknecht (bei keiner Frakt. — zur Geschäftsordnung):

Ich halte es für meine Pflicht, diesem Beschluß zu widersprechen. (Gelächter.) Es handelt sich um eine Frage, die das öffentliche Interesse gegenwärtig auf das lebhafteste erregt. Hinter den Kulissen wird mit voller Macht gearbeitet und wir werden vor eine vollendete Tatsache gestellt werden. (Große Unruhe und Zurufe, so daß die folgenden Worte des Redners nur schwer verständlich sind.) Es wird heißen Tiripj redivivus (ist wieder auferstanden). Das soll das ein Recht, über diese wichtige Frage das Parlament sofort zu hören, daß nichts vertuscht wird. (Präsident Dr. Kaempf: Ich bitte Sie, sich in parlamentarischen Formen zu bewegen und nicht allgemeinpolitische Ausführungen im Rahmen einer Geschäftsordnungsbesprechung zu machen.) Schon im preußischen Abgeordnetenhause ist nach derselben Methode gearbeitet worden, hier wird sie fortgesetzt. (Stürmische Unterbrechungen und Rufe: Das ist nicht zur Geschäftsordnung!) Ich erhebe Widerspruch gegen diese volkschädigende Art der Politik, gegen diese Fortsetzung der diplomatischen Geheimpolitik im Parlament.

Abg. Reil (Soz.):

Selt wir zum letzten Male zusammen waren, haben unsere Truppen im Felde schwere Wintermonate hinter sich. Wir sagen ihnen für ihre aushauenden und wagemutigen Kämpfe unseren wärmsten Dank. (Lebhaftes Bravo!) Es waren auch Monate banger Sorge für die Angehörigen der Kämpfer in der Heimat, unter denen die Zahl der trauernden Witwen und Waisen sich weiter mehrt. Wir bilden zurück auf einen Winter, der Entbehrung und Kummer in zahlreichen Familien antraf und in ebenso zahlreiche hineingetragen hat. Ihnen allen, die von den Kriegseiden so stark betroffen werden, gebührt das gleiche Mitgefühl und die gleiche Fürsorge wie den Kämpfern im Felde. (Bravo!) In unseren innerpolitischen Verhältnissen begegnen wir trotz der scharfen Kritik, die wir geübt haben, immer wieder schweren Mängeln, die nicht als unabwehrbare Begleiterscheinungen des Krieges hingenommen werden können. Ich verweise nur auf die immer wieder vorkommenden Fälle von nicht richtiger Behandlung von Soldaten und die ungerechtfertigten Demotionen des öffentlichen Lebens durch Belagerungszustand und Zensur und besonders auf die schweren Mängel der Organisation der Volksernährung. Diese Fragen werden in den nächsten Wochen in diesem Hause gründliche Behandlung erfahren müssen. Heute gehe ich darauf nach der getroffenen Vereinbarung nicht weiter ein.

Als wir im vorigen Jahre den ersten Kriegsetat berieten, hat wohl niemand geglaubt, daß wir noch einen zweiten Kriegsetat würden beraten müssen. Wir hoffen, daß wenigstens nicht noch ein dritter Kriegsetat nötig sein wird. Durch das völlige Ausschleiden des Friedensaufwandes für Heer und Marine ist es dem Staatssekretär möglich geworden, den Etat auszugleichen. Fraglich ist freilich, ob die Rechnung zum Schluß stimmen wird; beim Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern wird das sicherlich nicht der Fall sein. Die eventuellen Ausfälle will der Staatssekretär decken durch den nicht unbeachtlichen Leertitel für die Kriegsgewinnsteuer, die in den Etat eingestellt ist. Vor seiner Bilanzierungspunkt haben wir alle Achtung, wir werden ihm auch keinen Vorwurf daraus machen können, wenn manches anders kommt, als er gedacht hat, denn wer kann in dieser Zeit, wo die ganze Welt dauernd stärksten Erschütterungen ausgesetzt ist, im Voraus sagen, wie sich Einnahmen und Ausgaben im kommenden Jahre gestalten werden. Wir sind mit dem Staatssekretär auch darin einverstanden, daß jetzt für neue Einnahmen gesorgt werden muß. Zwei Jahre lang fast haben wir lediglich Kriegskredite bewilligt; die Kriegsschulden wachsen lawinenartig und es ist ein bescheidener Trost für uns, daß es im feindlichen Ausland noch schlimmer aussieht. Wir können mit gutem Gewissen nicht den Glauben in unserem Volke nähren, daß es und beim Friedensschluß gelingen werde, uns für die gesamten materiellen Opfer des Krieges schadlos zu halten. (Sehr richtig! v. d. Sozialdemokraten.) Das hat der Staatssekretär selbst offen hervorgehoben, und es ist in der Tat eine Pflicht der politischen Ehrlichkeit, ganz offen unser Volk darauf vorzubereiten, was auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung kommen muß. Die Zinsenlast des Reiches beträgt schon jetzt fast das Zehnfache der Summe der letzten Friedensjahre. In ihr kommen noch die Ausgaben für die Hinterbliebenen und Invaliden des Krieges hinzu, die vorläufig durch die Kriegsanleihen gedeckt werden. Dabei wird es sich um Summen handeln, denen gegenüber, wie überhaupt in diesem Kriege, alle bisherigen Maßstäbe versagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist der Wille unseres Volkes, daß es auf diesem Gebiete ein Anzuehen unter keinen Umständen geben darf. (Sehr richtig!) Wir müssen uns also auf

eine Riesentaxt

in Zukunft gefaßt machen. Bei dem Suchen nach Mitteln, die Kriegsschuld möglichst rasch zu mindern oder ganz zu beseitigen, ist bereits der Gedanke einer allgemeinen Lastenabwälzung durch ein einmaliges großes Vermögensopfer aufgetaucht. Dieser Gedanke ist der Prüfung wert. Die Empfindung unseres Volkes sträubt sich dagegen, daß der materielle Effekt dieses Krieges darin bestehen soll, daß eine kleine Minderheit der Bevölkerung reiche Zinserrträge von dem Kapital, das sie dem Staat zur Verfügung gestellt hat, einsteckt, während der andere, viel größere Teil des Volkes die Lasten zu tragen hat. Eine solche allgemeine Lastenabwälzung wird natürlich im Handumdrehen nicht möglich sein und selbst wenn sie gelingt, bleiben immer noch gewaltige finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen, für die große Einnahmen geschaffen werden müssen, so die Hinterbliebenen- und Invalidenfürsorge, die Notwendigkeit zerstörte Werte wieder herzustellen, ferner die Erfüllung großer, jahrelang zurückgestellter Aufgaben und die Inangriffnahme neuer Aufgaben, vor allem sozialpolitischer Art. Wollen wir möglichst rasch die zahlreichen Menschenkräfte, die dieser Krieg unserem Volke kostet, wieder erleben, ihm eine innere Kräftigung und Erholung ermöglichen, so muß nicht nur dem Geburtenrückgang energisch mit Verstand entgegengetreten werden, sondern es gilt vor allem, die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit der breiten Massen zu sichern, ausreichender Schutz gegen Krankheiten, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Unterernährung, gegen Siedhung, gegen krankhafte Ausbeutung, besonders der Frauen, ist notwendig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das alles geht nicht ohne große

Opfer, aber die Gesamtheit wird sie in ihrem eigenen Interesse bringen müssen. Wir können es also nicht verantworten, die Verschaffung von Mehreinnahmen für das Reich noch weiter zu vertagen, sondern es ist höchste Zeit, an die Erschließung neuer Einnahmequellen heranzugehen. Schon vor einem Jahre haben wir die Regierung aufgefordert, die Vorbereitungen zur Kriegsgewinnsteuer zu treffen. Wir stimmen dem Staatssekretär durchaus darin zu, daß es sehr wohl auf die paar Hundert Millionen ankommen wird, die jetzt flüchtig gemacht werden sollen. Wir brauchen und auch gar nicht zu schämen, wenn wir dem englischen Beispiel gefolgt wären. Hätten wir ebenso wie England durch Kriegssteuern sieben Prozent der Kriegskosten aufgebracht, dann wäre unsere Kriegsschuldenlast heute etwa 3 1/2 Milliarden geringer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Volkswirtschaft ist auch in der Lage, die Summe, die ihr jetzt zu tragen angeschlossen wird, zu tragen, nur muß man freilich an der richtigen Stelle zupacken und die Leistungsfähigen treffen. Stimmen wir mit dem Staatssekretär darin überein, daß jetzt neue Mittel beschafft werden müssen, so sind wir darüber, wie sie beschafft werden sollen, ganz anderer Meinung als er. Die Verbündeten Regierungen wandeln mit ihren Vorschlägen in alten ausgefahrenen Bahnen, sie suchen wieder aus allen Ecken und Winkeln die Einnahmen zusammenzufahren, ohne einen großen einheitlichen Plan zugrunde zu legen. Es handelt sich wieder lediglich um

Fluß- und Städtewert.

Wir Sozialdemokraten halten an unserem alten Standpunkt fest, daß das grundlegende Prinzip der Steuergesetzgebung die Belastung nach der Leistungsfähigkeit sein muß. Daher fordern wir, daß die Einkommen und Vermögen aufwärts steigend zur Besteuerung heranzuziehen sind, nicht nur durch die Gemeinden und Einzelstaaten, sondern auch durch das Reich. Diesem Grundgedanken entspricht einigermaßen die Kriegsgewinnsteuer. Die Anregung zu ihr ist ja auch in der sozialdemokratischen Presse wenige Monate nach Kriegsausbruch zuerst gegeben worden. Der Gedanke geht davon aus, daß die Kriegszeit eine Zeit des Entwegens und der Opfer ist. In dieser Zeit, in der hunderttausende ihr Leben und ihre Gesundheit opfern, in der

Millionen Volksgenossen ärmer werden,

tausende ihre Existenz zusammenbrechen sehen, ihre Stellung verlieren und nach Beendigung des Krieges lange Jahre an seinen Folgen zu leiden haben werden, hat niemand das Recht auf Vereicherung. Wenn der Kriegsausfall dem einzelnen günstig ist, so solle er das, was er gewinnt, der Gesamtheit geben. Was er vorher hatte, soll ihm nicht genommen werden, aber er soll nicht Gewinne einheimen auf Kosten der breiten Massen. Das ist ein hoher patriotischer Gedanke. Er bedeutet das Einsetzen jedes einzelnen für die Gesamtheit, der Egoismus soll zurücktreten, das ganze Volk soll vom Gemeinheitsbewußtsein beherrscht werden. Man braucht nicht nur an Gewinne zu denken, die mit immoralischen Mitteln erzielt werden, zumal sich eine genaue Grenze nicht ziehen läßt, wenn es auch gerechtfertigt wäre, solche Gewinne doppelt und dreifach zu belasten. Aus den angeführten Gründen rechtfertigt sich eine allgemeine Kriegsgewinnsteuer. Die Vorlage geht aber auf diesem Gebiete so zart vor, daß weite Kreise des Volkes über die beschriebene Belastung der Kriegsgewinne äherrächt und enttäuscht sind. (Sehr wahr!) Diese Stimmung findet sich auch außerhalb der Sozialdemokratie. So hat Professor Stier-Somlo, Bonn, geschrieben: „Man hat hinsichtlich der Höhe der Steuern durchaus den Eindruck, daß die Reichsregierung außerst schonen vorgehen wollte, aber doch auch ein wenig die Vermutung, daß sie einen gewissen Spielraum hat lassen wollen für die im Reichstag zweifellos zu stellenden Anträge, über die geplante Höhe hinauszugehen.“ Diese gute Meinung von der Regierung hat der Staatssekretär allerdings neulich zu zerstören sich bemüht, indem er sagte, mit der Höhe der Sätze sei die Regierung bereits an die Grenze des Zulässigen gegangen. (Hört! hört!) Wenn er damit sagen wollte, daß er jeder schärferen Erfassung der Kriegsgewinne in den Weg treten würde, dann wird er damit die

allerkürteste Stimmung im Volke

erzeugen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf einen Einwand während seiner Rede sagte er: Wenn man auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung trete, werde man keine Auffassung betreten müssen. Damit mocht er dieser Gesellschaftsordnung wirklich kein Kompliment. Ich bestreite aber auch, daß er Recht hat. In dieser Gesellschaftsordnung wurzelt der Gedanke, daß man Gut und Blut für die nationale Erziehung hingibt, kein Opfer darf einem da zu groß sein. Und da soll die Opferwilligkeit im Steuerzahler bei 5 oder 6 Prozent bereits ein Ende nehmen? Das kann nicht durch das Wesen der gegebenen Gesellschaftsordnung bedingt sein. Aus Rücksicht auf die Volkswirtschaft sollen die belohnt werden, die hohe Kriegsgewinne gemacht haben. Wie sollen denn dann die Kämpfer in den Schützengräben belohnt werden. Ihren Angehörigen wird eine außerst knapp bemessene Rente zuteil werden. In allen Teilen werden wir die Kriegsgewinnsteuer verdrängen müssen und wissen uns dabei eins mit dem stillen Volksempfinden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die bei den Millionenangehörigen im Entwurf vorgezeichneten Steuerlätze sind nur Blendwerk, denn sie treten fast nie in die Erscheinung. Bei dem Gewinn von 10 Millionen ist übrigens die Steuer im Höchstfall 48 Prozent, ein Gewinn von 50 Millionen verbleibt dem Betroffenen. Bei 100 000 M. Kriegsgewinn werden nur 6,8 Proz. resp. 13,8 Proz. versteuert. Das Volk wird aber nachprüfen, ob die Tatsachen mit den patriotischen Worten übereinstimmen. Diesem im Kriege gestärkten stillen Volksempfinden müssen die Regierungen und die bürgerlichen Parteien Rechnung tragen. Auch der ganze Aufbau der Steuer ist zu prüfen. Der Entwurf nimmt als Grundlage der Besteuerung den Vermögenszufluß, und das Mehreinkommen wird nur verschärfend hinzugefügt. Es spricht aber manches dafür, das Mehreinkommen voranzustellen und den Vermögenszuwachs verschärfend hinzutreten zu lassen. Denn beim Voranstellen des Vermögenszuwachses wird es leicht sein, große Teile des Zuwachses der Besteuerung zu entziehen. Auch der Abschnitt, der von den Gesellschaften handelt, bedarf der gründlichen Nachprüfung. Er läuft auf eine ganz unverständliche Schonung der leistungsfähigen Betriebe hinaus. Daher hat der Entwurf denn auch in den Kreisen der Unternehmer, der Bankwelt und Aktien-gesellschaften ein befeindendes Aufsehen aus-gelöst, und die Worte hat mit einer Haufe auf seine Veröffentlichungen geantwortet. Aber das Volk in seinen breiten Schichten denkt anders darüber. Prüfen müssen wir auch, ob der Entwurf nicht gar zu agrarfreundlich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade die Landwirtschaft hat in der Kriegszeit ganz gleichmäßig Vorteile erzielt und muß daher auch nach Maßgabe steuerlicher Gerechtigkeit zur Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden. Wir sind also mit der Absicht der Kriegsgewinnsteuer einverstanden, wir werden uns aber bemühen, an diese Steuer ganz andere Maßstäbe anzulegen als der Entwurf. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Einverstanden sind wir auch damit, daß im Etatsjahr 1916 480 Millionen durch neue Steuern einkommen sollen, aber die Vorschläge im einzelnen sind uns vollkommen unverständlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichssekretär als bestimmte Forderung der Regierung hinstellt, außer der Kriegsgewinnsteuer keine weiteren direkten Steuern oder wie es richtiger hieß, keine weitere Vermögenssteuer einzuführen, so kann er nur ruhig gleich den Reichsbankrott ansagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er wird sich doch nicht träumen

lassen, daß die ganz gewaltige Mehreinnahme, die auch später noch notwendig wird, durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern geschaffen werden kann. Wollten die Verbündeten Regierungen das ernstlich versuchen, so würde das zur allerstärksten Ernährung unseres gesamten öffentlichen Lebens führen. Der Staatssekretär verweist auf die Belastung der Einzelstaaten und Gemeinden durch die direkten Steuern. Dem gegenüber muß doch betont werden, daß bis zu dieser Stunde in Staat und Gemeinden Kriegssteuern in nennenswerter Höhe noch nicht bezahlt worden sind. Daß man Einkommen und Kapital nicht unbegrenzt belasten kann, wissen auch wir. Wer aber behaupten wollte, daß die Grenze schon jetzt erreicht ist, müßte sofort den Bankrott ansagen, denn anders als mit starker Heranziehung von Vermögens- und Vermögen werden die Ausgaben nicht zu bewältigen sein. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit erfreulicher Schärfe hat das auch die „Frankfurter Zeitung“ betont, die gewiß nicht im Verdacht steht, die Kapitalinteressen zu vernachlässigen.

Als erste Verbrauchssteuer bringt das Programm des Staatssekretärs die Tabaksteuer. In der Begründung wies er darauf hin, es handele sich hierbei um ein entbehrliches Genussmittel. Das ist eine ganz brutale Auffassung, denn sie sagt zu dem Tabakarbeiter, sei zufrieden damit, daß du arbeiten kannst, damit andere genießen, du selbst hast auf den Genuss kein Anrecht, wenn dir die Mittel fehlen. Wenn übrigens praktisch danach verfahren wird, wird der Staatssekretär die erwarteten 160 Millionen aus dieser Steuer nicht bekommen. Nach dem Kriege wird sowieso durch die erschwerte Lebenshaltung eine starke Eindämmung des Tabakgenusses eintreten. Die günstige Konjunktur ist ja nur durch den Krieg entstanden, wie denn auch 25 Proz. der gewaltigen Tabakproduktion die Heeresverwaltung bezieht, die denn auch 25 Proz. der Mehrsteuer zu zahlen haben wird. Einen beträchtlichen Teil der Mehrsteuer werden die armen Familien zu zahlen haben, die ihren Angehörigen ins Feld ein wenig Zigaretten schicken wollen. Diesen armen Familien sollen zu ihren großen Lasten noch neue aufgebürdet werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man bedenke doch, welche Stimmung dadurch daheim und auch draußen im Felde erzeugt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit Recht schrieb die „Kölnische Volkszeitung“ für die Tabaksteuer wird kein Feldherr dem Staatssekretär dankbar sein. (Sehr richtig!) Der Staatssekretär meinte, die Vertreter der Tabakindustrie selbst verlässen sich nicht der Notwendigkeit der Steuer. Daß zum Tabakgewerbe auch die Tabakarbeiter, mindestens die 200 000 Wollarbeiter gehören, scheint er nicht zu bedenken. Diese haben aufs schärfste Stellung gegen die Steuer genommen, und auch die Fälle der Eingaben aus den Kreisen der Gewerbetreibenden scheint das Gegenteil der Behauptung des Staatssekretärs zu beweisen. Keineswegs wird man über die Interessen der Tabakarbeiter ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vom Tabakmonopol wird in der Vorlage nicht gesprochen und die Einführung des Zigarettenmonopols wird während des Krieges für unzulässig erklärt. Danach scheint die Regierung die Absicht zu haben, es nach Schluß des Krieges einzuführen. Dann wäre es aber doppelt bedenklich, jetzt erneut Verunreinigung in das Tabakgewerbe hineinzubringen. Die erhöhte Tabakabgabe wird der Reichstag hoffentlich zu Falle bringen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Angesichts der Verkehrssteuern, die der Entwurf bringt, müßte man sagen: Unsere Zeit steht

im Zeichen der Verkehrssteuern.

Das einzige leitende Prinzip des Entwurfs scheint zu sein: Wir müssen Geld haben. Ob Recht oder Unrecht, ob Sinn oder Unsinn, das ist alles gleichgültig, wenn es nur Geld bringt. Das ist die einzige Begründung für die Luittungssteuer, bei der gar keine Rücksicht auf das wirtschaftliche Leben, auf den Geschäftsverkehr, auf die finanzielle Wirkung genommen ist. Der Staatssekretär scheint die Kriegszeit als besonders geeignete für die Einführung von Verkehrssteuern anzusehen. Aber gerade während des Krieges ist es unverantwortlich, den Wutlauf des wirtschaftlichen Lebens noch mehr erschweren zu wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit allen den Belastungen dieser Steuer sollen 80 Millionen aufgebracht werden, die der Staatssekretär sonst nirgends im Deutschen Reich findet. Es ist höchst fraglich, ob diese 80 Millionen hereinkommen würden, aber selbst wenn es der Fall wäre, so würden sie doch durch die Verbraucher aufgebracht werden. Deshalb muß der Luittungssteuer daselbst ein Schicksal bereitet werden, wie feinerseit der Stengelischen Luittungssteuer im Jahre 1908.

Dann die erhöhten Postabgaben. Wir hoffen schon auf den Fortschritt des 10-Pfennig-Beilriefpostos. Jetzt sollen wir den Rücktritt zum 15-Pfennig-Brief im inländischen Verkehr machen! Der Frachtkunden- und Luittungsstempel wird auf die Geschäftsumfassen aufgeschlagen werden. Fordert doch der Staatssekretär in der Begründung ausdrücklich dazu auf, die neuen Lasten bei der Preisgestaltung zum Ausdruck zu bringen. (Hört, hört!) Wie steht das im Einklang mit seiner feierlichen Versicherung, daß die breiten Massen der Verbraucher in dieser Kriegszeit nicht belastet werden sollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Programm des Staatssekretärs ist

ganz nach den Wünschen des Herrn v. Seydewitz

ausgefalten. Wir haben uns keinen überhöhen Erwartungen hingegeben, daß der neue Staatssekretär große reformatorische Taten vollbringen werde. Aber etwas mehr haben wir doch von ihm erwartet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und außerhalb der Kreise meiner Partei hat man noch viel größere Hoffnungen auf ihn gesetzt, hat angenommen, er werde einen neuen großen Zug in die Steuergesetzgebung des Reichs hineintragen. Aber an innerer Prinzipienlosigkeit und Scheu vor Belastung des Volkes steht er seinen Vorgängern in nichts nach; wenn er nicht rasch andere Wege einschlägt, wird er sich um seinen guten Ruf bringen. (Heiterkeit.) Will er mit den Gegnern der Vermögenssteuer durch die und dann marschieren, dann wird er auf die Mitarbeit großer Teile dieses Hauses verzichten müssen und wird vor allem die große Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat von einer Parität gesprochen, die bei diesem Befehl gewahrt sei, weil den Verbrauchs- und Verkehrssteuern die Kriegsgewinnsteuer gegenübersteht. Die Parität ist aber nur scheinbar und die Kriegsgewinnsteuer ist eine einmalige Steuer, während die anderen Steuern als dauernde vorgelesen sind. Das deutsche Volk will vor allem in dieser Zeit keine Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Die Besiegenden sind wirtschaftlich stark genug, um das, was jetzt gebraucht wird, aufzubringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ergibt sich aus der Statistik der Kriegsanleihezeichnungen. An der zweiten Kriegsanleihe waren 3,3 Millionen Zeichner beteiligt mit Beträgen von 100—500 M. Sie brachten insgesamt 970 Millionen = 3,78 Proz. des Gesamtertrages auf. Das ist mehr ein Beweis für ihr vaterländisches Pflichtgefühl, als für ihre große wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf der anderen Seite haben 227 438 Zeichner rund 15 Milliarden = 57,57 Proz. des Gesamtzeichnungsertrages aufzubringen vermocht. Das ist allerdings ein Zeichen einer ganz beispiellosen finanziellen Kraft. Die Kreise, die solche Summen in kurzer Zeit flüssig zu machen verstanden, die sollten nicht in der Lage sein, eine Milliarde auf dem Acker des Vaterlandes zinsfrei aufzubringen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Kreise haben unseren Truppen brauchen viel mehr zu verdanken als die breiten Massen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es darf nicht so sein, daß die Besiegten

allein die Gebenden und die Bestehenden allein die Nehmenden sind. Die Bestehenden sind nicht nur moralisch verpflichtet, sondern auch wirtschaftlich in der Lage, die ersten Kriegslasten zu tragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird mit Recht betont, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands stärker sind als die Englands. Trotzdem aber lassen wir uns von England auf dem Gebiete der direkten Besteuerung beschämen. England erhebt auch die Kriegsgewinne viel stärker als das hier beabsichtigt ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Man kommt dann weiter mit dem Einwande von der notwendigen Rücksichtnahme auf die Einzelstaaten und Gemeinden. Wir wollen ihnen gewiß nicht die Mittel entziehen, um ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. Der Staatssekretär könnte den Einzelstaaten eine große Einnahmequelle erschließen, wenn er aus dem Reichsmilitärergetz die Bestimmung beseitigt, daß die Gehälter und Bezüge der Offiziere und Militärbeamten während der Dauer des Krieges von jeder Einkommensteuer freisind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An eine so lange Dauer des Krieges hat bei Schaffung dieser Bestimmung niemand gedacht. Es ist ein bitteres Unrecht, wenn diese hohen Bezüge steuerfrei bleiben, während jede Kriegesfrau die paar hundert Mark, die sie in der Fabrik usw. verdient, versteuern muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der Miesenverschickung, die im Geldbedarf des Reiches während des Krieges eingetreten ist gegenüber dem Geldbedarf der Einzelstaaten ist die alte Formel: Die direkten Steuern der Einzelstaaten und Kommunen, die indirekten dem Reich, noch weniger aufrecht zu erhalten, als bisher. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Bedarf des Reichs wird größer sein, als der Bedarf aller Einzelstaaten und Gemeinden zusammen. Da kann das Reich unmöglich auf die ergiebigste und beweglichste Steuerquelle, auf die Besteuerung der Einkommen und Vermögen verzichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich können Vermögen und Einkommen durch das Reich nicht unbegrenzt gelassen werden und man wird, wenn diese Quelle für das Reich nach vernunftgemäßen volkswirtschaftlichen Anschauungen ausgeschöpft ist, nach anderen Mitteln suchen müssen, um einen weiteren Bedarf des Reichs zu decken. Man hat von der Verstaatlichung großer wirtschaftlicher Betriebe gesprochen, um dem Reich den Unternehmerrisiko zuzuführen, das sind große Pläne für die Zukunft. Jedenfalls brauchen wir eine neue Grundlage für die gesamte Steuerergänzung. Das Reich wird in erster Linie bei der Besteuerung des Vermögenszuwachses und der Erbschaften verbleiben, wird daneben auch die Vermögenssubstanz und das Einkommen für seine Zwecke in Anspruch nehmen müssen. Rot tut vor allem Einheitlichkeit in unserem Steuerwesen. Ebenso notwendig ist eine Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens. Preußen will natürlich auch davon nichts wissen, wie die letzten Landtagsverhandlungen darüber bewiesen haben. Die Eisenbahnen sollen unter allen Umständen in den Händen von Preußen sein. Aber die Verkehrsentwicklung, die den preussischen Eisenbahnen zugute gekommen ist, ist zu verdanken der wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Deutschen Reichs. (Sehr wahr! links.) Darum gehören auch die Eisenbahnen dem Reich.

Das Reich darf nicht dauernd vor Preußen zurückweichen.

Auf dem Gebiete der Steuerergänzung muß ein organischer Aufbau geschaffen werden. Das geht natürlich nicht in ein paar Wochen, aber es muß damit begonnen werden. Die Summen, die jetzt gebraucht werden, sind aufzubringen durch die Kriegsgewinnsteuer, durch die Wiederholung des Wehrbeitrags und durch einen Ausbau der Erbschaftsteuer. Für den Schatzsekretär ist diese ein Willkür-Nährmichstich. Er geht ihr in weitem Bogen aus dem Wege, obgleich gerade die Kriegserfahrungen jeden Steuerfuchser mit der Nase auf diese Steuer stoßen müssen. Denn auch die Erbschaften sind zum Teil Kriegsgewinne im wahren Sinne des Wortes. Natürlich ist das Gatten- und Kindeserbe derer, die im Kriege gefallen sind, von der Besteuerung auszuschließen. Aber die Erbschaften entfernter Verwandter müssen auch im Kriege zur Steuer herangezogen werden. Wir werden Anträge in dieser Richtung stellen. Durch eine solche Steuer wird kein Pfennig den Einzelstaaten und Gemeinden entzogen. Wenn die Hunderttausende und Millionen aus den Schützengräben zurückkehren, werden sie nicht weiter Staatsbürger zweiter Klasse sein wollen. Der Schatzsekretär hat von staatsbürgerlichen Verpflichtungen gesprochen. Es ist staatsbürgerliche Ehrenpflicht des Besitzes, einzustehen für die Lasten des Vaterlandes. Den Armen zu belasten und den Reichen zu schonen, wäre ein großer Verstoß gegen das sittliche Empfinden des Volkes, außerdem aber auch eine ungeheure Dummheit. Darum soll der Schatzsekretär seine Steuerpläne preisgeben und mit uns gemeinsam Steuern ausarbeiten nach den Grundfragen der Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Der Mann, der achtzehn Jahre lang das Reichsmarineamt geleitet hat, steht nicht mehr an seiner Stelle. Der Geist, den er in der Marine großgezogen hat, zeigte sich in der Kühnheit und dem Optimismus unserer U-Boote und unserer Flotte überhaupt. Ich darf es aussprechen, daß der Reichstag seinem Werke Treue bewahren wird. (Lebhafter Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) — Beachtet man auch die Steuern in den Staaten und Gemeinden, so ist es durchaus unrichtig, daß in England das Vermögen und das Einkommen höher mit Steuern belastet ist als bei uns. Die neuen Steuern müssen wir so gestalten, daß sie sich dauernd in den Rahmen unserer Steuern einfügen können. Wir müssen daher darauf bedacht sein, sie möglichst gerecht und wenig drückend auszugestalten. Der Redner wendet sich dann, im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich, den einzelnen Steuerprojekten zu und warnt vor einer zu scharfen direkten Besteuerung durch das Reich, weil das zu einer Einschränkung der Aufgaben der Einzelstaaten, denen diese Steuerquellen verloren gehen, führen müsse. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Bayer (Wp.):

Dem Staatssekretär v. Tirpitz schulden wir Dank und Anerkennung; niemand hat wie er das Verständnis für die Flotte im deutschen Volke verbreitet. (Lebhafter Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Die Steuerentwürfe werden ja an Ausschüsse verwiesen werden, aus denen sie sicherlich nicht ohne wesentliche Veränderungen herauskommen werden. Betonen will ich gegenüber dem Streben nach Verschärfung der Kriegsgewinnsteuerentwürfe, daß man Maß halten soll und sich nicht durch Populäraristokratie fortreißen lassen darf. — Einig sind wir mit dem Staatssekretär, daß eine halbe Milliarde durch Steuern aufgebracht werden muß, aber für falsch halten wir es, diese Summe nur durch Steuern auf den Verbrauch und Verkehr aufzubringen, auch die Bestehenden müssen herangezogen werden. (Sehr richtig!) Betroffen werden durch die Verkehrssteuern besonders die kommerziellen Kreise, die städtische Bevölkerung, Industrie und Gewerbe, während solche Schichten frei bleiben, denen es weit besser geht. Das muß Verbitterung erregen. Nun verweist man auf die spätere große Steuerreform. Aber was später kommen wird, wissen wir nicht, sicher wissen wir nur, was wir jetzt an Steuern haben sollen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Die Verdröpfung auf den Frieden ist auch schon auf so vielen Gebieten angewendet worden, daß man diesen Termin nicht mit noch mehr Wechsels belasten soll. (Sehr gut! bei der Volkspartei.) Nun sagt aber der Schatzsekretär, die direkten Steuern müssen den Einzelstaaten verbleiben. Dieser Grundsatz ist bereits durchbrochen. Durch den Krieg ist die Zentralisierung noch gewachsen, und daher werden die Einzelstaaten noch manches von ihrer selbständigen Verwaltung ausgehen müssen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Das Reich wird daher unbedingt zu direkten Reichsteuern kommen müssen. Aber aus praktischen Gründen wollen wir gerade jetzt von dem Antrag einer Reichsvermögenssteuer absehen. Auch für die Verschärfung der Erbschaftsteuer ist gerade jetzt im Kriege nicht der geeignete Zeitpunkt. Dagegen könnte der Wehrbeitrags

trag in einem so beschleunigten Maße erneuert werden, daß dadurch die Reichsrenten überflüssig werden. Die Kriegsgewinnsteuer kann man dagegen nicht anführen; denn während des Krieges erworbenener Vermögenszuwachs ist ein solcher Glücksfall, daß seine scharfe Besteuerung mit Recht vom allgemeinen Volksbewußtsein verlangt wird. Der Wehrbeitrag aber ist der Appell an die Bestehenden in der Stunde der Gefahr, und die Stunde der Gefahr ist keineswegs schon vorüber. (Sehr richtig! links.) Allerdings wollen wir eine Wehrbeitragsquote nicht bewilligen neben den vorgeschlagenen Steuern, sondern um wenigstens einen Teil derselben zu ersparen. Ich bitte die Verbündeten Regierungen, die Sache nicht zu leicht zu nehmen.

Reichsschatzsekretär Helfferich:

Auch der Abg. Keil hat zugegeben, daß die Besteuerung des Kapitals und Vermögens nicht überspannt werden dürfe. Diesen Gedanken dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren. Eine Fortsetzung dieses Gedankens habe ich bei dem Abg. Keil allerdings vermist, im Grunde hat er unsere Vorschläge radikal beurteilt. Nicht so vollständig sind sie vom Abg. Bayer verurteilt worden. Er meinte, wir haben uns die Arbeit leicht gemacht. Aber das ist keineswegs der Fall. Es ist auch nicht richtig, daß wir nur Verbrauchs- und Verkehrssteuern vorschlagen, denn sehr empfindend ist die Kriegsgewinnsteuer, ein Ausbau der bestehenden Vermögenssteuer. Man spottet darüber, daß der Tabak ein entbehrliches Genussmittel genannt worden ist. Man nenne mir ein entbehrliches. Sicher ist, daß am Nichtrauchen noch niemand gestorben ist. (Heiterkeit.) Jedenfalls haben wir die Tabaksteuervorlage nach sozialen Gesichtspunkten abzustufen gesucht. Die Tabaksteuer von 1909 hat weder zu einer Verminderung der Tabakarbeiter noch ihrer durchschnittlichen Löhne geführt. Kommen muß die Erhöhung der Tabaksteuer sicherlich; dann aber ist jetzt der Zeitpunkt geeigneter als die Zeit nach Wiedereintritt des Friedens.

Nun der Quittungsstempel. England hat ihn ohne Schaden für seinen Verkehr seit 200 Jahren.

Die 200 Millionen, die aus dem Postverkehr mehr gezogen werden sollten, treffen sicherlich auch nicht die breite Masse, sondern die Inanspruchnahme der Post ist nach den wirtschaftlichen Verhältnissen abgestuft. Auch den Frachtturndienststempel wird der Verkehr bequem ertragen können. Auch hier kann man nicht sagen, daß die große Masse ihn tragen muß.

Angesichts der Kriegsgewinnsteuer wird auch die breite Volksmasse es verstehen, daß wir bei unseren Steuerentwürfen ausreichende Berechtigtheit haben wollen lassen.

Neben dem Reich bestehen die Einzelstaaten und Kommunen, und woher sollen diese das Geld für ihre Bedürfnisse nehmen, wenn nicht aus direkten Steuern. Vor dem Krieg mußten 12 200 Städte und Landgemeinden über 200 Proz. Zuschlag erheben. Heute ist 200 Proz. bereits der durchschnittliche Zuschlag und im Jahre 1916 wird er 200 Proz. bereits übersteigen. Diese Belastung darf man nicht übersehen, wenn man unsere direkten Steuern mit den englischen vergleicht. Der Redner führt eine Reihe Zahlen aus der englischen Einkommensteuerveranschlagung an, woraus er schließt, daß die deutschen Vermögen und Einkommen stärker belastet sind als die englischen. — Absolut gerechte Steuern gibt es nicht; am gerechtesten ist noch ein kombiniertes System von direkten und indirekten Steuern, wie es die Verbündeten Regierungen auch jetzt vorge schlagen haben. (Wapo! rechts.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Auch die Zeitungen werden teurer.

Wir haben in unserem Blatte bereits einigemal darauf hingewiesen, daß die Zeitungen infolge stark gestiegener Preise für Materialien, die bei ihrer Herstellung gebraucht werden, in eine Kollage gebracht worden sind. Insbesondere ist es die vom Fabrikantenring beschlossene Erhöhung der Papierpreise um 40 Prozent, die die Zeitungsherausgeber schwer belastet wird. Daß diese Lasten von ihnen nicht allein getragen werden würden und in den meisten Fällen auch nicht getragen werden können, war für jeden klar, der die Verhältnisse im Zeitungsgewerbe kennt. Dieses gehört zu den Gewerben, die nicht an den hohen Gewinnen, die der Krieg einer Reihe von Unternehmen gebracht hat, teilnehmen konnten; die Zeitungsunternehmen haben im Gegenteil durch den Krieg sehr gelitten. Einerseits haben sie fast durchweg — von wenigen Ausnahmen abgesehen — infolge der Einzelnahme sehr viele Abonnenten verloren, und dann ist ihnen ihre Haupteinnahmequelle, die Inserate, arg verstopft worden. Das kann jeder beobachten, der sich die Zeitungsblätter aus Friedenszeiten ansieht und die jetzigen Blätter mit ihnen vergleicht. Je länger der Krieg dauert, desto mehr verschlechtern sich diese Verhältnisse. Einige Zeitungen haben unter diesen für sie so schlechten Verhältnissen bereits das Erscheinen einstellen müssen. Darunter solche, die über 100 Jahre alt waren. Um dem gleichen Schicksal zu entgehen, sehen sich die übrigen genötigt, ihren schon geschwächerten Umfang noch weiter zu verringern oder die Bezugs- oder Inseratenpreise zu erhöhen. In den Bezirks- und Ortsvereinen des Vereins deutscher Zeitungverleger sind derartige Beschlüsse schon vielfach gefaßt worden, die zum Teil eine Erhöhung der Bezugspreise ab 1. April empfehlen. Diese Erhöhungen sollen etwa 20 bis 25 Prozent der bisherigen Bezugspreise betragen.

Diese Preiserhöhung wird angesichts der Umstände, unter denen sie beschlossen wurde, kaum einem berechtigten Widerspruch begegnen. Alle Stimmen, die sich bis jetzt dazu geäußert haben, erkennen die Berechtigung an und halten die Erhöhung für eine Notwendigkeit, falls man nicht wünscht, daß die Presse ihr Erscheinen einstelle und die ihr zugewiesenen Aufgaben damit unerfüllt bleiben. Auch eine ganze Anzahl unserer Parteiblätter war bereits genötigt, den Abonnementspreis um 10 bis 20 Pf. pro Monat zu erhöhen.

Gegen die Schundliteratur.

Am 11. März, Berlin, 22. März. (B. L. B.)

Bekanntmachung!

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

I.

Druckschriften, die von den Polizeibehörden in Berlin in den amtlichen Listen (veröffentlicht im Preussischen Zentral-Polizei-Blatt) als „Schundliteratur“ bezeichnet sind oder künftig bezeichnet werden, und die deshalb gemäß § 56 Ziffer 12 der Gewerbeordnung vom Feilbieten und Aufsuchen von Bestellungen im Umherziehen ausgeschlossen sind, dürfen auch im stehenden Gewerbe nicht feilgehalten, angeündigt, ausgestellt, ausgelegt oder sonst verbreitet werden.

II.

Druckschriften, die auf der Liste der „Schundliteratur“ (I) stehen, dürfen auch nicht unter verändertem Titel feilgehalten, angeündigt, ausgestellt, ausgelegt oder sonst verbreitet werden. Dies gilt sowohl für den Hausbetrieb als auch für das stehende Gewerbe.

III.

Zu widerhandlungen werden auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

IV.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1916 in Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.

v. Kessel, Generaloberst.

Gegen die Mißstände auf dem Lebensmittelmarkt.

Berlin, 22. März. (B. L. B.) Der preussische Minister des Innern hat unter dem 20. März 1916 wegen der polizeilichen Ueberwachung des Lebensmittelmarkts folgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten von Berlin gerichtet:

Verschiedene unerfreuliche Erscheinungen, die kürzlich auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sind, geben mir Veranlassung, die Aufmerksamkeit der Kommunal- und Polizeiaufsichtsbehörden auf die Verbeiführung eines besseren Zusammenarbeitens der Gemeinde- und der Polizeibehörden in der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers hinzulenken. Die Versorgungsregelung und die Festsetzung von Höchstpreisen für Gegenstände des täglichen Lebensbedarfs ist durch die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen des Bundesrats und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Landeszentralbehörden den Gemeinden übertragen, welche in dieser Arbeit durch die Preisprüfungsstellen entlastet und unterstützt werden sollen. Die Durchführung der von den Gemeinden und Preisprüfungsstellen getroffenen Anordnungen ist aber nur dann gewährleistet, wenn sie durch scharfe polizeiliche Ueberwachung gesichert wird. Ich verkenne nicht, daß damit den Polizeibehörden eine schwierige Aufgabe erwächst, zumal ihr Personalbestand stark gelichtet ist. Es muß aber Sorge dafür getragen werden, daß die Polizeiführungsbeamten über die jeweils geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Regelung der Versorgung und des Verbrauches und der bestehenden Höchstpreise zuverlässig unterrichtet werden, um gegen Zuwiderhandlungen mit der gebotenen Schnelligkeit und Gründlichkeit einschreiten zu können.

Die Herren Regierungspräsidenten (Oberpräsident von Berlin) wollen hiernach unverzüglich die nötigen Anordnungen treffen und die königlichen und städtischen Polizeibehörden mit der erforderlichen Anweisung versehen. Bei den städtischen Polizeibehörden wird der Unterricht der Polizeibeamten zweckmäßig durch den städtischen Dezerenten für Lebensmittelfragen erfolgen können. Ich darf voraussetzen, daß auch in den Städten mit königlicher Polizeiverwaltung die beteiligten Magistratsdezerenten den mit der Erteilung des Unterrichts zu betrauten Beamten gern die erforderliche Information erteilen werden, und behalte mir vor, über den Erfolg der angeordneten Maßnahmen demnächst besonderen Bericht zu erfordern.

Unzulässige Bevorzugung beim Butterverkauf.

Der Magistrat teilt mit:

Es ist festgestellt worden, daß eine hiesige Firma in den Hinterzimmern ihres Lokals einen gesonderten Verkauf von Butter für einige Kunden eingerichtet hat. Eine solche Art des Sonderverkaufs, der die für das Publikum zum Verkauf stehende Buttermenge verkürzt, ist durchaus unzulässig. Es wird dagegen sofort und nachdrücklich eingeschritten werden. Wir warnen daher vor allen solchen Versuchen. Es steht zu hoffen, daß die Neuregelung der Butterverteilung eine glattere Abwicklung des Butterverkaufs herbeiführen wird, so daß niemand zu solchen unzulässigen Maßnahmen zu greifen braucht.

Nicht Tage tot in ihrem Lumpenkeller gelegen hat die 64 Jahre alte Produzentin Paula Wille aus der Rheinsberger Str. 79, die neben ihrem Keller wohnte. Die Frau ließ fast acht Tagen nichts mehr von sich hören oder sehen. Ihr Keller blieb verschlossen. Als man öffnete, um sich nach ihr umzusehen, fand man sie im Geschäftskeller tot zwischen den Lumpen liegen. Nach ärztlichem Gutachten ist sie an Herzschwäche gestorben.

Einen Geburtstagsbraten beschlagnahmte die Revierpolizei in der Webersstraße. Beamte sahen drei Burischen mit verdächtigen Paketen zur Nachtzeit die Straße entlanggehen und ein Haus in der Webersstraße betreten. Als sie dort gestern morgen nachsahen, fanden sie in der Wohnung zweier Mädchen drei abgeschlachtete Ziegenlämmer, drei Hühner und zwei Kaninchen. Es ergab sich, daß alle diese Tiere von einer Laube auf dem Gelände an der Webersstraße gestohlen worden waren. Die Eindreher und Diebe waren jene drei Burischen, die die Aufmerksamkeit der Beamten erregt hatten. Alle drei wurden festgenommen, ebenso die beiden Mädchen, die Geliebten von zweien der Burischen. Eins der Mädchen wollte seinen Geburtstag feiern, und dazu hatten die drei den reichlichen Braten aus der Laube eines alten Pensionärs geholt. Die Verhafteten betrieben den Laubeneinbruch gewerbsmäßig. Die beiden Mädchen halfen ihnen wiederholt dabei, indem sie entweder „Schmiere“ standen oder selbst mitstahlten.

Um 40 Brot-, 5 Butter- und 5 Kartoffelarten bestohlen wurde gestern früh der Schankwirt Dallinger in der Alexanderstraße 14. Frau Dallinger war sehr zeitig aufgestanden, um die Schankstube aufzuräumen und zu säubern. Als sie damit fertig war, ging sie nach der Wohnung zurück. Eine Viertelstunde später, um 4 1/2 Uhr, ging Dallinger nach dem Laden, um alles für die Eröffnung vorzubereiten. Während dieser Viertelstunde hatten Eindreher an der Haustür des Schanktraums den Rollvorhang emporgehoben und eine Scheibe eingeschlagen, waren eingestiegen und hatten ihm alle Brot-, Butter- und Kartoffelarten aus einer Schublade des Ladentisches gestohlen. Sonst hatten sie alles unberührt gelassen. Die Brotarten tragen die Nummern von 10 700—10 740, die Butterarten die Nummern 04 255—04 259 und die Kartoffelarten 54 400—54 405.

Für das Jugendheim im Norden.

Der 6. Wahlkreis hat den Unterhalt des Jugendheims in der Brunnenstraße übernommen, um zu verhüten, daß dieses etwa ein Opfer des Weltkrieges werde. Das erfordert natürlich Opfer, die der Kreis auch zu bringen gewillt ist. Um aber den Mitgliedern und ihren Angehörigen die Unterstützung des Heims zu erleichtern, gleichzeitig aber auch um ein geselliges Nähertreten der Mitglieder unter einander zu ermöglichen, hat der Kreis eine Anzahl von Unterhaltungsabenden veranstaltet. Das Programm dieser Abende ist ein vorzügliches. Neben einem guten Konzert werden Gesangsvorträge und Rezitationen geboten.

Am Sonntag, den 26. März, finden zwei dieser Unterhaltungsabende statt, und zwar in den Pharusälen, Müllerstr. 142, und in der Bögow-Bräuerei, Prenzlauer Allee 242—247.

Das Konzert beginnt um 7 Uhr. Eintrittskarten zu dem für das Gebotene sehr billigen Preise von 30 Pf. sind bei den Kassierern, Bezirksführern und Zahlstelleninhabern zu haben. Ein Kassenverkauf findet nicht statt. Die Mitglieder werden gut tun, sich — soweit sie es noch nicht getan — wegen der zu erwartenden starken Nachfrage recht bald mit Eintrittskarten zu versehen.

Erhöhung der Kinderunterstützung.

Eine Nachtragsvorlage des Magistrats an die Berliner Stadtverordnetenversammlung fordert für die Kinder der Kriegsteilnehmer vom 1. nächsten Monats ab bis 1. November 1916 eine monatliche Zulage von 75 Pf. und von da ab bis Ende März 1917 eine solche von 1,50 M. unter der Voraussetzung, daß diese Zahlung nur während der Zeit geleistet wird, wo Kriegsunterstützungen gezahlt werden.

Beim Verkauf eines Elektrizitätszählers ertrapt und festgenommen wurde ein Monteur Fritz Proendowsky, ein junger Mann, der schon mehrfach bestraft ist und unangemeldet in der Grenzauer Straße wohnte. Gestern wurde ein Geschäft im Südosten Berlins

durch den Fernsprecher gefragt, ob es einen Elektrizitätszähler laufe. Auf die Bejahung der Frage erschien bald ein junger Bursche, der den Zähler brachte. Man beobachtete ihn, daß man ihn erst genauer ansehen müsse, fragte unter der Hand bei den W. G. W. an, erfuhr, daß der Zähler vor einigen Tagen von einem Hausflur gestohlen worden war und hielt daraufhin den Burschen an. Dieser berichtete jetzt, daß er nur Beauftragter eines Mannes sei, der an der nächsten Straßenecke auf ihn warte. Man benachrichtigte die Polizei und diese fand an der bezeichneten Stelle Protendowski und nahm ihn fest. Er hatte den Burschen auf der Straße herangerufen und ihm für die Vermittlung des Verkaufes 5 M. versprochen. Er selbst, sagte er, wolle nicht hingehen, weil er früher in dem Geschäft tätig gewesen sei. In der Behausung des Verhafteten fand man keine Zähler weiter. Trotzdem ist anzunehmen, daß Protendowski der „Spezialist“ ist, der schon seit längerer Zeit Elektrizitätszähler von den Hausfluren stahl. Schon 25 derartige Diebstähle sind der Kriminalpolizei angezeigt worden. Bei der Wirtin des Verhafteten entdeckte man 30 Pfund Schloßbäume, die wahrscheinlich auch gestohlen sind.

Die Förderung hochbegabter Schüler.

Die Deputation für die äußeren Angelegenheiten der städtischen höheren Lehranstalten Berlin hat sich am Mittwoch u. a. mit der jetzt von verschiedenen Seiten angeführten Frage der Förderung hochbegabter Schüler beschäftigt. Ein Mitglied (Stadttrat), der nicht genannt sein will, hat für diesen Zweck 100 000 M. gestiftet. Es wurde von mehreren Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß dieses nachahmenswerte Beispiel weiteren Anklang in der Berliner Bürgerschaft finden möge, damit die städtische Schulverwaltung und die Leiter der städtischen Schulen in die Lage versetzt werden, den Familien hochbegabter Schüler eine angemessene jährliche Beihilfe von etwa 300—400 M. zu gewähren für die weitere Ausbildung usw.

Wir stehen nicht an, es rückhaltlos anzuerkennen, daß ein Spender, der sich noch dazu bescheiden im Hintergrunde hält, diese für private Verhältnisse ganz gewiß bedeutende Summe für einen idealen Zweck aufwendet. Die Öffentlichkeit wird von dieser Spende mit Dank Kenntnis nehmen, aber auch mit — Beschämung. Was hier aus privaten Mitteln geleistet werden soll, wäre eigentlich Aufgabe der Allgemeinheit! Für alle wirklich hochbegabten Schüler sollten die höheren Lehranstalten sich öffnen, wie sie andererseits die Kinderbegabten als Ballast abstoßen sollten, auch wenn die Eltern Millionäre sind. Nicht der Geldbeutel des Volkes dürfte auf die Verteilung der Schüler in die Elementar-, höheren Schulen und Hochschulen seinen Einfluß geltend machen können, sondern einzig und allein die Befähigung des Schülers darf dabei den Ausschlag geben.

Zu großer Lebensgefahr schwebten heute gestern die Bewohner des Hauje Alexanderstr. 8a. Dort war in einer Küche Feuer ausgebrochen. Es brannten Balken, der Fußboden unter großer Qualmentwickelung. Dem Dienstmädchen Marie Geiger ward der sichere Rückweg abgeschnitten. Die Feuerwehre drang über einen Fenstereingang von außen bis zum Brandherd vor, machte Luft und es gelang, das Mädchen mit den übrigen Personen in Sicherheit zu bringen.

Beim Selbstmord übertrafen wurden in Regel zwei Berliner Einbrecher, die einen Beutzug nach den nördlichen Vororten unternommen hatten. In der vorgestrigen Nacht war bei dem Kaufmann Giese in Waldmannslust ein Einbruch verübt worden, bei dem die Täter für mehrere hundert Mark Kleidungsstücke, Wirtschaftsgüter und Schmuck erbeuteten. Die gestohlenen Sachen schafften die Einbrecher in einem Kinderwagen fort, den sie ebenfalls entwendeten. Mit dem Kinderwagen zogen sie nach Regel, wo sie in das Café von Sturm einbrachen. Hier hoben sie die Registrierkasse, eine Anzahl Flaschen Sekt, Rotwein, Brantwein, mehrere Kisten Zigaretten, eine Menge Kuchen usw. Auf dem Wege nach Berlin kamen die Verbrecher auch an einem Futterladen vorüber, vor dem trotz der frühen Morgenstunde — es war erst 5 Uhr — bereits eine ganze Anzahl Frauen Aufstellung genommen hatten. Einer der Frauen kamen die den Kinderwagen schiebenden Männer verdächtig vor und sie lief nach der Polizeiwache, um ihre Wahrnehmung mitzuteilen. Darauf hin nahm ein Polizeigerant die Verfolgung der Verdächtigen auf und es gelang ihm schließlich auch, die Spur der Spitzhüben in einem Wäldchen an der Krupp-Allee aufzufinden. Bei der weiteren Suche entdeckte der Beamte die Einbrecher in einer Schöpfung, wo sie sich gemächlich zum Frühstück niedergelassen hatten, wobei sie sich den gestohlenen Sekt schmecken ließen. Auf den Anruf des Beamten versuchten die Ueberraschten zu entfliehen, doch konnte einer derselben überwältigt und festgenommen werden. Der Verhaftete entpuppte sich als der schon mit Justizhaus besetzte 44jährige Arbeiter Giese aus Berlin. Sein Komplize konnte noch im Laufe des gestrigen Tages in seiner Wohnung in Berlin ebenfalls festgenommen werden. Allem Anschein nach handelt es sich um Mitglieder einer größeren Berliner Einbrecherbande.

Ueber den rätselhaften Selbstmord einer Bierzechjährligen wird aus Brigg berichtet: Seit dem 28. Januar wurde dort die vierzehn Jahre alte Tochter Gertrud des Drehorgelspielers Franz Schmidt aus der Franz-Rörner-Straße vermißt. Am nächsten Tage erhielt die Mutter von ihr einen Zettel zugesandt, auf dem nur die Worte standen: „Ich gehe in den Kanal!“ Die Eltern konnten sich durchaus nicht erklären, was ihr Kind zu diesem Schritte veranlassen konnte. Sie hofften immer noch, daß die Ankündigung nicht ernst gemeint sei und daß ihr Kind zurückkehren würde. Diese Hoffnung aber trat. Auch alle Nachforschungen nach der Vermißten blieben erfolglos. Am vergangenen Sonntag wurde nun, wie wir mitteilen, die Leiche eines jungen Mädchens aus dem Oberhafen zu Neutölln gelandet. In der Toten erkannte man jetzt die vermißte Gertrud Schmidt. Die Veranlassung zu dem Selbstmord ist nach wie vor rätselhaft.

Aus den Gemeinden.

160 Proz. Einkommensteuer in Weissenfee.

Die diesjährigen Steuerzuschläge werden sich wie folgt gestalten: Für die Einkommensteuer 160 Proz. Zuschlag, bisher 135 Proz.; für die Gewerbesteuer 245 Proz. Zuschlag; für die Betriebssteuer 30 Proz. Zuschlag; für die Gemeindegrundsteuer 4 Proz. für bebauten und 7,2 Proz. für unbebauten Grundstücke.

Kommunaler Zuschuß für Spandauer Mostereibestitzer.

Ebenso wie die Stadt Charlottenburg und der Kreis Niederbarnim hat jetzt auch der Magistrat der Stadt Spandau beschlossen, daß den Besitzern von Mostkellern, die gewerblich Most an Verbraucher abgeben, bis auf weiteres ein Zuschuß zu den Futterkosten gewährt werden kann. Den Zuschuß hat allerdings der Magistrat sehr niedrig festgesetzt, er beträgt pro Tag und pro Kuh 20 Pf.

Jugendweih in Adlershof.

Am Sonntag, den 2. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Adlershofer Gesellschaftshaus, Wisnarsstr. 29, die Jugendweih für die Orte Bohnsdorf, Alt-Ortenide und Adlershof statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen werden nur noch bis Sonntag, den 26. März, beim Genossen Max Schönfeldt, Sandjersstr. 2, und Sonntag nachmittag 2 Uhr im Jugendheim, Wisnarsstr. 81, Hof, entgegengenommen. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß die Eltern der Teilnehmer aus der Landeskirche ausgeschieden sein müssen. Im Anschluß an die Jugendweih, nachmittags 4 Uhr, beginnt die Schulentlassungsfeier.

Mitwirkende: Männer-Gesangverein Bohnsdorf und „Kroßhann“-Adlershof, Genosse Walde Ranasse, Fel. Friedel-Hinge, Genosse Emil Anger, Fel. Ufa Colman und die Jugendkapelle der Arbeiterjugend Bohnsdorf.

Gemeindevertreterwahlen.

Schwargendorf. Die Ergänzungswahl für die dritte Abteilung der Gemeindevertretung findet Freitag, den 24. März 1916, abends von 6 bis 8 Uhr im Sitzungssaal des Rathhauses statt. Unser Kandidat ist der Eisendreher Hans Wasewitz. Es ist Pflicht jedes einzelnen, sich an der Wahl zu beteiligen. Amtliche Einladung oder Steuerkarte legitimiert.

Aus aller Welt.

Was im Kriege verdient werden kann.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ brachte dieser Tage einen Gerichtsbericht aus Graz, aus dem hervorgeht, daß der Angeklagte, ein ehemaliger Gerbergehilfe und jetziger Lederagent August Hermann M h r n i g ungewöhnlich viel Geld verdient hat. Vor Gericht wurde festgestellt, daß M h r n i g vor dem Kriege nicht einmal das Zimmer, in dem er wohnte, zahlen konnte, jetzt aber ein Verbermögen von 150 000 Kronen besitzt. Der Richter hielt ihm vor, daß er außerdem noch mehr als 150 000 Kronen gute Außenstände habe, und auch das gab er zu. Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellte der Richter noch fest, daß sein Vermögen wahrscheinlich noch höher sei und eine halbe Million Kronen betragen dürfte. Alles das hatte er im Kriege verdient, und zwar durch Provisionen dadurch, daß er den Lederhändlern die Häute verschaffte. An einer einzigen solchen Lieferung hatte er bei einer Provision von 1 Proz. nicht weniger als 28 000 Kronen verdient. Der Richter fragte ihn, wieso er soviel verdienen konnte, worauf der Angeklagte antwortete: Mir machen Sie vorwärts, aber ich kann Ihnen mehr als ein Duzend Lederhändler hier nennen, die vor dem Kriege arme Teufel waren und jetzt Millionäre sind.

So bringt der Krieg einzelnen Personen Riesengewinne, dem größten Teil der Menschheit aber Sorge, Not und Tod.

Mädchenmord. In einem Wäldchen in der Nähe des württembergischen Schwabwaldstädtchens Calw hat der 21jährige Bauernknecht Ettag seine Geliebte, ein 17jähriges Dienstmädchen, ermordet. Der Täter wurde verhaftet.

Eisenbahnunglück in Tirol. Aus Innsbruck wird gemeldet: In der Station Westendorf fuhr der Zug 179 auf den ausfahrenden Zug 177 auf. Zwei Personen wurden getötet, sechs verletzt.

Schweres Schiffunglück. Aus London berichtet „Tid“, daß der norwegische Dampfer „Egera“ infolge eines Zusammenstoßes mit einem anderen Dampfer gesunken ist, wobei sieben Mann der Besatzung umkamen.

Zusammenstoß zweier amerikanischer Personenzüge. Ein Zusammenstoß zweier Personenzüge der New York und New Haven und Hartford-Bahn in der Nähe von Milford (Connecticut) hat, nach Meldungen der „New Yorker Staatszeitung“, acht Todesopfer gefordert, während 50 Personen teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Die Ursache des Unglücks soll auf die Ueberlastung der Bahn zurückzuführen sein, da die Leistungsfähigkeit der Beamten und des Fahrpersonals durch die starke Anbahnung der Strecke mit Frachten seit Monaten außerordentlich stark in Anspruch genommen wurde.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichshagen. Freitag, den 24. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Allgemeine Familienverbände. Sonntag, den 26. März: Zahl- und Aufnahmezeit von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichte, 12/13, und Sudower Str. 14.

Die Jugendvereinsvereinigung Sportfreunde, Neukölln (1. Jugendabteilung) veranstaltet am Sonntag, den 26. März, abends 6 Uhr, im „Karlsgarten“, Karlsgartenstr. 6—10, einen Liebesgaben-Abend für die im Felde stehenden Turn- und Sportgenossen. Konzert, turnerische Aufführungen, Verlosung, geistiges Belagern. Eintrittskarten 20 Pf. zu haben in der Geschäftsstelle der „Freien Turnerschaft Neukölln-Brick“, Prinz-Johann-Str. 21, im Restaurant „Turnheim“, Schöneberg, Etr. 14, und in der „Ideal-Kasse“, Märkische Str. 14.

Beirat für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 26. März, im Gewerkschaftsraum, Engelstr. 15, gr. Saal: Geistesbelagern. Konzert, Fremdenzeit, Rezitation. Eröffnung 6 Uhr, Beginn 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. an der Kasse zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV, Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterschrift beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsunterstützung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Unselbst. 1. Wenn Sie die Abhebung des Geldes durch den Vater verhindern wollen, so brauchen Sie die Police bei der Verjährung nur zu lassen. 2. Ohne nähere Einsichtnahme des Vertrages können wir Ihre zweite Frage nicht beantworten. 3. Der Vater kann in diesem Falle das Geld nicht abheben. — R. 1. Der Erlaß des Kriegsministeriums über die Schulgeldhilfe ist am 9. Februar 1915 erschienen und in der Tagespresse zum Abdruck gelangt. — R. 2. 100. Der Abzugstag für künftige Dienstboten ist zwar am 2. April; da dieser Tag aber auf einen Sonntag fällt, so muß die Dienstverpflichtung den Montag schon einen Tag früher, also am 1. April, gestatten. — R. 2a. Wegen Geisteskrankheit des einen Ehepartners wird die Ehe nur geschieden, wenn die Geisteskrankheit mindestens 3 Jahre während der Ehe bestanden hat und wenn die Krankheit einen solchen Grad erreicht hat, daß jede Aussicht auf Wiederherstellung der Ehegemeinschaft ausgeschlossen ist. Der Ehemann ist dann aber trotzdem zum Unterhalt der Frau verpflichtet. — R. 2. 132 und R. 2. 21. Do. — R. 2. 92. 1. Wenn der Sohn vor der Einziehung zum Militär zu dem Unterhalt der Mutter wesentlich beigetragen hat, so können Sie einen Antrag auf Kriegselterngeld stellen. Der Antrag ist beim Polizeirevier einzureichen. 2. Sie können das Buch lassen. Wenn der Vater nicht mehr lebt, sind Sie und die Geschwister des Sohnes dazu berechtigt. — R. 2. 37. 1. Präsident. 2. Ja, wenn er den Befehl dazu erhält. 3. Ja. — R. 476. 1. Das Verfügungsrecht erstreckt sich nur über ihr Erbgut. 2. Selbstverständlich haben Sie Anspruch auf Ihr Erbgut. 3. Eine solche Behinderung zur Abhebung des Geldes kann Ihnen auferlegt werden. 4. Stellen Sie einen solchen Antrag auf teilweise Auszahlung. — R. 2. 100. Sie sind Kriegsverwendungslos. Das Reichsbedeutet: Ueberzahl von Fingern. — R. 2. 93. Nein. — R. 2. 111. 1. und 2. Nein, Auswanderungsbefähigung wird nur für einen Sohn gewährt. 3. Nachunterstützung kann erfolgen. — R. 2. 21. Wenden Sie sich mit einem Antrag an den Kapitalrat um Befreiung vom Spargzwang für Ihren Sohn. — R. 1. Erbschaft. In der Praxison gegen, im Plenum für.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Müßig, vorwiegend trübe und neblig, mit meist geringen Niederschlägen; im Nordwesten Beginnend zunächst etwas Aufklärung, später wieder Linderung mit neuen Niederschlägen.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Stralauer Viertel. Bezirk 323.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher

Richard Geschky

Modernisierstr. 20

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Parochial-Kirchhofes, Vorkingener Chaussee, aus statt.

Stralauer Viertel. Bez. 310.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Luise Träger

Fruchtstr. 69

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Stralauer Viertel. Bezirk 333.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Georg Kirbschus

Hominster Str. 9

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

212/12 Der Vorstand.

Kranken-, Sterbe- u. Zusehnbkasse

für männl. Personen aller Berufe

Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 19. März,

verstarb das Mitglied

Karl Manz

(Quintmacher)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 23. März 1916,

nachmittags 4 Uhr, auf dem

Kirchhofe der Plötzengemeinde, Nord-

end, statt.

28/17 Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter

Deutschlands.

Zahlsche Groß-Berlin.

Nachruf.

Am 17. März verstarb unser

Mitglied

August Müller.

Ehre seinem Andenken!

53/4 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster

Teilnahme und die zahlreichen

Stützspenden bei der Beerdigung

meines lieben Mannes

Karl Penning

sagen wir allen so zahlreich erschienenen

Freunden und Bekannten sowie

den Kollegen und Kolleginnen der

Deutschen Arbeiter- und Arbeiterinnen-

vereine, dem Vorstand der

Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine für seine

tröstlichen Worte hiermit unseren

herzlichsten Dank.

Margarete Penning

und Sohn. 106/4

BOSNIA CIGARETTEN
LINDENSTADT

DZAMIA 4s
ZLATA 5s
KALEH 6s

Etwas ganz Besonderes

Für die Beteiligung und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters Hermann Eckert sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. 462b Die trauernden Hinterbliebenen.

Spezialarzt
für Haut-, Darm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitstanz jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Friedhofstr. 81, Panoptikum, Sprachs. 10-2, 5-9, Sonntags 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahlung. — Separates Damenzimmer. —

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlgangungen sofort. Amtl. Zentrum 2890. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Stoffe
für feine Damen-Kostüme, Herren-Anzüge usw. Mtr. 4,-, 6,-, 8,-, 10,-, 12,- M.
Tuch-Lager
Koeh & Seeland G. m. b. H., Gertrandenstr. 20/21, gegenüber d. Petrikirche.
Wahrrabankauf Weberstraße 42

Haemorrhoiden
schwinden schnell u. schmerzlos durch Myrobalanum, sicher bewährteste äußerliche Anwendung. M. 2,50.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

In Freien Stunden
Die Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Donnerstag:
Soweit Vorrat!

Lebensmittel

Fleisch, Geflügel und Fische
nur Leipziger Str., Alexanderplatz

Fleisch

Kalbskeule im ganzen	Pfund 1 ⁸⁰
Kalbsnierenbraten	Pfund 1 ⁷⁰
Kalbsvorderfleisch	Pfund 1 ⁶⁰
Kalbshaxe	Pfund 1 ¹⁰
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 2 ³⁰
Roastbeef mit Knochen	Pfund 2 ³⁰
Rinderkamm	Pfund 2 ²⁰
Querrippe	Pfund 2 ¹⁰
Gehacktes	Pfund 2 ²⁰
Hammelfleisch	Pfund 2 ⁴⁰
Pökelbrust	Pfund 2 ⁰⁰

Gepöck. Hammelfleisch Pfd. 1⁸⁰

Konserven

Riesenstangenspargel	2 ¹⁵ 1 ¹³
Stangenspargel extra stark	1 ⁸⁰ 95 Pf.
Stangenspargel sehr stark	1 ⁷⁰ 90 Pf.
Stangenspargel stark	1 ⁶⁰ —
Stangenspargel 50/100	1 ³⁰ 70 Pf.
Stangenspargel ohne	1 ¹⁰ 60 Pf.
Riesenbrechspargel	1 ⁰⁵ 88 Pf.
Brechspargel extra stark	1 ⁵⁵ 83 Pf.
Brechspargel stark	1 ⁴⁵ 78 Pf.

Brechspargel mittel	1 ³⁵ 73 Pf.
Brechspargel dünn	1 ¹⁰ —
Brechspargel ohne Köpfe	— 53 Pf.
Junge Erbsen extra stark	1 ³⁵ —
Junge Karotten extra klein	90 Pf. —
Weißkohl	55 Pf. —
Steinpilze	1 ⁵⁰ —
Rote Rüben	52 Pf. —
Apfelmus	85 Pf. 48 Pf.

Räucherwaren

Makrelbücklinge	Stück 33 Pf.
Fleckheringe	Stück 33 Pf.
Pomm. Sprotten	1/2 Pfund 60 Pf.
Sprottbücklinge	1/2 Pfund 55 Pf.
Heilbutt-Filets	1/4 Pfund 1 ⁰⁵
Sardinen	Dose 55, 80 Pf.

Fische

Kabelljau in ganzen Fischen ohne Kopf	Pfd. 58 Pf.
Schellfisch gross	Pfd. 50 Pf.
Nord. Wels (Brosmon) in ganzen Fischen ohne Kopf, Pfd.	50 Pf.
Goldbarsch	Pfd. 48 Pf.
Schoßen	Pfd. 48 Pf.
Salzfisch gewässert	Pfund 40, 45, 50 Pf.
Klippfisch trocken	Pfund 65 Pf.
Salzheringe mittelgroße	Stück 15 Pf.
Salzheringe zum Einlegen 30 Stück	35, 45 Pf.
Seemuschelein	100 Stück 35 Pf.

Matjes-Heringe Stück 25 Pf.

Geflügel

Sappenhühner	Pfund 2 ³⁰
Brathühner	Pfund 2 ⁵⁰
Tauben	Stück 1 ¹⁵ 1 ³⁵
Gänse	Pfund 2 ⁴⁰

Nordische Wildenten Alke, gefroren Stück 1⁶⁵

Käse

Holländer Käse vollfett	Pfund 2 ⁴⁰
Holländer Käse	Pfund 2 ⁰⁰
Edamer Käse	Pfund 2 ⁴⁰
Kräuterkäse	Stück 30 Pf.

Obst und Gemüse

Tafeläpfel (Kalt., Böhm.)	Pfund 45 Pf.
Boscop-Äpfel	Pfund 45 Pf.
Kochäpfel	Pfund 35 Pf.
Zitronen	Dutzend 55, 70 Pf.
Datteln	Pfund 1.00
Kraus-Folgen	Pfund 80 Pf.
Maronen	Pfund 35 Pf.
Junge Karotten	Pfund 35 Pf.
Radieschen	Bund 10 Pf.
Rhabarber	Bund 10, 15 Pf.

Salat Kopf 15 Pf. Gurken frische Stück 60, 70 Pf.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7^{1/2} Uhr: Ein Sommernachtstraum.
In der Neueinstudierung.
Freitag: Viel Lärm um Nichts.
(In der Neueinstudierung.)
Kammerspiele.
8 Uhr: Der Weibsteufel.
Freitag: Der eingebildete Kranke.
Hierauf: Ballett.
Volkstheater. Theater a. Bismarckpl.
8^{1/2} Uhr: Doppelselbstmord.
Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7^{1/2} Uhr: Ein Trauerspiel.
Komödienhaus
8^{1/2} Uhr: Das Mädchen aus der Fremde.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Die gutgeschnittene Ecke.
(Albert Bassermann.)
Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Die gutgeschnittene Ecke.
(Albert Bassermann.)
Deutsch. Künstler-Theater.
8 Uhr: Die seltsame Exzellenz.
URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal
und der Weltkrieg.

Walhalla-Theater.
8 Uhr abends:
Es gibt nur ein Berlin.
Rose-Theater.
8 Uhr: Mutter Nacht.
Sonnabend nachm.: Aschenbrödel.
Luisen-Theater
8.15 Uhr: Mutterjegen.
Freitag: Charlotte Klinger.
Sonnab. 4: Aschenbrödel

Cirrus Busch
Täglich 8, Sonntags 8^{1/2}, u. 8 Uhr:
2000 Wd. schwer. Belg. Arbeitspferd
Goliath i. d. hoh. Schul. ger. v. Petou.
Elwino in seinen ungläubigen
Anstrebungs-Produktionen!
4 Renosios, am Luftred.
Elise Martens, der lebende Pfeiler!
3 Jalozicks, Götterjahrbrot.
Nur noch kurze Zeit: Das so bel-
spiellosen Erfolg erzielte und noch
immer beliebte Welterstspiel
Ein Wintermärchen!
Freitag, 24. 3.: Wohlthätig.-Vorst.
ausgibt. d. i. Felde Stb. „Franzosi“

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Rint Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.
Achtung! Erwerbslose (Kranke). Achtung!
Begen Quartalschluss bleibt die Krankenabteilung am Sonnabend,
den 1. April, geschlossen.
Da sämtliche Mitgliedsbücher zwecks Abrechnung eingezogen werden,
eruchen wir die Kolleginnen und Kollegen, ihre bis Freitag, den 31. März
1916 fällige Unterstützung abgeben zu wollen.
Diejenigen Kranken, deren Zahlung Sonnabend, den 1. April, ist,
erhalten am Freitag, den 31. März, ihre Unterstützung.
Vorstehendes findet für diejenigen Kranken, welche sich in Kranken-
häusern oder Heilstätten befinden und ihre Unterstützung erst nach Be-
endigung der Krankheit abgeben, keine Anwendung.

Theater für Donnerstag, den 23. März.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Die Fledermaus.
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gebr. Herrfeld-Theater
8 Uhr: Sokrates und Perlmutter.
Kleines Theater.
8 Uhr: Logierbesuch.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein.
Lustspielhaus.
8^{1/2} Uhr: Der Gatte des Fräuleins.
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der Sternquacker.

Residenz-Theater
8^{1/2} Uhr: Loge No. 7 m. Henry Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Die gelbe Nachtigall
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Z. 1. Male: Der Ehrenbürger.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Blondinen.
Theater am Nollendorfpl.
8^{1/2} U.: Die lustig. Weiber v. Windsor.
8^{1/2} Uhr: Z. 550. Male: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt.
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8^{1/2} U.: Verheiratete Junggesellen.

WINTERGARTEN
Große Vorstellung!
Operette
Spezialitäten
Kino.
Frühjahrspreise
(wochentags inkl. Steuer):
Parkett-Paut 1.-3. Reihe 4.—
4.-6. „ 3.—
Parkett 2. „ M. 1.50
Reservierter Platz . . . 1.—
Eintritt 0.60

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Freitag, den 24. März 1916:
Genoveva.
Trauerspiel in fünf Aufzügen von
Dr. G. Hauptmann.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Sum 148. Male:
„Die von der Emden.“
Für Militärper-
sonen freier
Eintritt zu den
Anfang 8 Uhr. Stett. Sängern.

Sonnabend, den 25. März, abends 8 Uhr:
Versammlung
aller in den Klempnereien bechäftigten
Kollegen und Kolleginnen
im „Gewerkschaftshaus“, Engländer 15.
Lichtbilder-Vortrag:
„Die vier Jahreszeiten im norddeutschen Flachland.“
Nach eigener Aufnahme des Vortragenden.
Anschließend: Gemütliches Beisammensein.
Frauen sind hierzu eingeladen. Zahlreicher Besuch erwünscht!
Eröffnung präzis 8 Uhr.
Zur Beachtung! Die Bouillonwürfel sind ausverkauft.
Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftshaus
Sonnabend, den 25. März 1916:
Bunter Abend
für alle
in Klempnereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.
Zur Vorführung kommen Lichtbilder.
Vortrag:
Die vier Jahreszeiten im norddeutschen Flachland.
Sonntag mittag:
Jägersuppe 0.20
Krautbrühe mit Einlage 0.20
Schellfisch mit Senfbutter 0.80
Hammer mit Kohlrabi 1.—
Weißkohl Rippen 0.80
Leberknödel 0.60
Gepöcktes Kinderfleisch 1.—
Esterlamm 1.—
Rindbraten 0.80
Kumpott oder Salat 0.20
Räse 0.50
Spiele 0.30
Heute und Sonnabend ein sehr billiger Schnellverkauf
nicht unter 5 Pfund.
a Pfd. a Pfd.
Gehacktes 2.50
Rindfleisch 2.50
Hammelfleisch 2.50
Hammelfleisch 2.50
Gehacktes (Rindfleisch) 1.50—2.20
Rindfleisch, ausgehäutet 3.00
Gr. Rosten Salami, Zerwelat-
u. Teemurst, circa 30 Zentner
Riesenhastens Halberstäd. Leber-
wurst, Jagdwurst 2.90
Rindfleischwurst, Holsteiner Brat-
wurst, Jowelt d. Vorrat reicht 2.00
Circa 10 Zentner Sappenhühner, 40 Pf. das Pfund.
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neubühn. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
1/2, 3, 4 M.
Vorzügliche Küche!

Palast
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 8^{1/2}, u. 8 Uhr.
Voller Erfolg
des Riesen-März-Programms.
Olga Desmond
in ihr. Neuheit: Ein Gelgertraum.
Bernhard Mörbits
der berühmte Komiker.
Lene Land,
die popul. Parod., u. d. übrigen
Schlager. 12 erstkl. Nummern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Wartyplatz 10628, 3578. Bureau: Rungestraße 30
General-Versammlung
Freitag, den 24. März, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engländer 15.
Tagesordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung.
2. Eratwahlten der Ortsverwaltung.
3. Bericht über die Verhandlungen über den Anschließ des paritätischen
Arbeitsnachweises an den Zentralverein für Arbeitsnachweise.
4. Anträge.
Telegrafenkarte u. Mitgliedsbuch ist an der Kontrolle voranzusetzen.
Branchen-Versammlung
Kamm- und Haarschmuckarbeiter
und Arbeiterinnen.
Dienstag, den 29. März, abends 8 Uhr,
im „Verbandshaus“, Rungestraße 30.
Tagesordnung:
1. Vortrag der Genoffin Hanna: „Die Arbeiterinnen vor und
nach dem Krieg.“
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Branchenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Morgen, den 24. März:
Großes Konzert
zum Basten des im Felde stehenden 7. Garde-Infanterie-Regiments. 84/3